

4. Der populare Bruch:

Der Konflikt um die europäische Integration und die Konstruktion eines nationalpopularen Neoliberalismus

Im Kontext der EWR-Abstimmung gelang es der Zürcher SVP, universelle Identifikationsbegriffe der politischen Schweiz wie Sonderfall, Demokratie und Föderalismus mit partikularen Leitbegriffen des eigenen politischen Programms wie Selbstverantwortung, Sicherheit, Arbeit und Wettbewerb zu verknüpfen. Dabei gründen die äquivalenzlogische Artikulation dieser Differenzen zu einem ‚wahrhaft schweizerischen Wir‘ und die Usurpation des hegemonialen Imaginären der politischen Schweiz auf der synchronen Konstruktion eines Antagonismus gegenüber der EG und ihren Befürwortern. Um diesen Prozess zu rekonstruieren, präsentiere ich die EWR-Abstimmung zunächst als dislozierendes Ereignis des konkordanzdemokratischen Imaginären (5.1). Nach einem Einschub zur allgemeinen Bedeutung der Albisgütli-Tagung (5.2) analysiere ich anhand von Blochers Albisgütli-Rede von 1992, wie der SVP-Populismus die Europapolitik mit anderen Politikfeldern verband und das hegemoniale Imaginäre der politischen Schweiz zu transformieren beginnt (5.3). Sodann werde ich die Artikulationen der Rede mit der Europa-Kritik des nationalkonservativen Lagers unterfüttern (5.4), um schließlich die Persistenz der EU im SVP-Populismus hegemoniethoretisch zu erklären (5.5).

4.1 DAS NEIN ZUM EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTSRAUM. URSACHEN UND FOLGEN DER VOLKSABSTIMMUNG VOM 6. DEZEMBER 1992

A) Das Ereignis

Am 17. Januar 1989 stellte der damalige Präsident der Europäischen Kommission Jacques Delors den EFTA-Staaten mit dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) eine spezifische Form der Anbindung an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in Aussicht.¹ Portugal, Österreich, Dänemark, Norwegen, Schweden, Island, Finnland, Großbritannien und die Schweiz sollten am gemeinsamen Binnenmarkt teilhaben, ohne jedoch formell Mitglieder der Gemeinschaft zu werden und über ihre zukünftige Form mitentscheiden zu können. Im Zentrum des Vertrages steht die Nichtdiskriminierung anderer Staatsangehöriger, die durch die vier ökonomischen Grundfreiheiten (freien Warenverkehr, freien Personenverkehr, freien Dienstleistungsverkehr und freien Kapitalverkehr) verwirklicht werden sollte. Ferner sieht der EWR eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Bildungswesen und einheitliche Regelungen in der Sozialpolitik und im Umweltschutz vor.²

Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks zeichnete sich eine Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft (EG) ab. Während die EFTA einen Großteil ihrer Mitglieder verlor, war die EG im Begriff, der Hegemon in Europa zu werden.³ Vor diesem Hintergrund war der Bundesrat davon überzeugt, dass die Schweiz mit der traditionell zurückhaltenden Integrationspolitik brechen müsse. Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung sei der etablierte sektorielle Bilateralismus nicht mehr zielführend.⁴ Zudem sprachen nicht nur strategische Gründe für die EG, auch der Zeitgeist war auf der Seite der europäischen Integration: Europa bot den langersehnten Ausweg aus dem vielzitierten „Unbehagen im Kleinstaat“⁵, dem von Karl Schmid diagnostizierten Komplex, der die Schweizer Linksintellektuellen in den 1960er und 70er Jahren nach Berlin emigrieren ließ, um der intellektuellen Provinzialität und der geistigen Enge ihrer Heimat zu entfliehen. Bürgerliche wie Linke erkannten in dem

1 Vgl. Linder 2010: 14ff.; Moser 2001: 78.

2 Vgl. Menzi 2010: 499.

3 Vgl. Moser 2001: 73 u. 82ff.

4 Vgl. ausführlich ebd.: 82ff.

5 Schmid 1978; sowie zum Topos der Enge vgl. Nizon 1990.

‚beispiellosen Friedensprojekt‘ das Gegenmodell einer schweizerischen „Selbst-bezogenheit“⁶. Sinngemäß lautete der politische Slogan der Befürworter der europäischen Integration ‚Öffnung‘. Die Vorstellung der insularen Felsenbastion, die den Schweizer Exzeptionalismus während des Ost-West-Konfliktes geprägt hatte, schien in einer nunmehr befriedeten, vollends globalisierten Welt anachronistisch.⁷ Aus Sicht der Europabefürworter war die Welt nicht mehr eine von ideologischen Konflikten zerrissene Umwelt, vor der sich der friedvolle, wohlgeordnete Kleinstaat schützen musste. Mit dem Bedeutungsverlust des realexistierenden Sozialismus schien der Sonderfall hinfällig. Der Neutralismus, der über mehrere Jahrzehnte die Schweizer Außenpolitik bestimmte, sollte einem hoffnungsvollen Kosmopolitismus Platz machen. Die Rede vom ‚Sonderfall Schweiz‘ war den Europa-Befürwortern ein Dorn im Auge und der damalige sozialdemokratische Außenminister René Felber belegte den Begriff Anfang der 1990er sogar mit einem Tabu, als er gegenüber seinem Mitarbeiterstab erklärte: „Le mot ‚Sonderfall‘ – je ne veux plus l’entendre“⁸.

Im Winter 1992, als die Mitgliedstaaten der EG durch die Unterzeichnung des Vertrages von Maastricht die europäische Integration weiter vorantrieben, akzeptierte die Schweizer Regierung nach schwierigen Verhandlungen über das Mitbestimmungsrecht der EFTA-Staaten Delors’ Initiative.⁹ Im Kontext der drohenden Rezession gewichtete man die Chancen des gemeinsamen Binnenmarktes stärker als das fehlende Mitbestimmungsrecht beim sogenannten *Acquis Communautaire*, des noch genauer zu bestimmenden Teilumfanges EG-internen Rechtes, das die Mitgliedstaaten des EWR zu übernehmen hätten. Insbesondere der Freisinn, die erste staatstragende Kraft, und die machtvollen Wirtschaftsverbände erhofften sich von den Liberalisierungs- und Deregulierungsmaßnahmen des Vertrages einen Reformschub für der kriselnden Schweizer Wirtschaft, den man im Inland gegen den Widerstand von SP und CVP nicht hatte durchsetzen können.

Sowohl der Nationalrat als auch der Ständerat folgten der Regierung und verabschiedeten den Vertrag mit deutlichen Mehrheiten.¹⁰ Als einzige der vier regierungstragenden Fraktionen stellte sich die SVP nach langwierigen parteiinternen Auseinandersetzungen gegen den Bundesrat. So unterzeichnete der

6 Guggenbühl 1998: 45.

7 Vgl. Rehberg 2007: 65.

8 Felber 1992, zit. nach: Widmer 2008: 13.

9 Vgl. Linder 2010: 15f. Für eine chronologische Rekonstruktion der Vorverhandlungen vgl. Huth-Spiess 1996: 108ff. sowie Moser 2001.

10 Vgl. Menzi 2010: 499f.

Vorsitzende des eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements Jean-Pascal Delamuraz am 2. Mai 1992 stellvertretend für den Bundesrat den Vertrag.¹¹ Mit der Unterschrift des Bundesrates war der EWR-Beitritt jedoch nicht besiegelt, da die Schweizer Verfassung die Entscheidung über den Beitritt zu einer supranationalen Gemeinschaft einem obligatorischen Referendum unterwirft. Die Chancen, dass Volk und Stände Regierung und Parlament folgen würden, standen im Frühjahr aber gut.

Die Stimmungslage änderte sich am 18. Mai, als der Bundesrat mit vier zu drei Stimmen beschloss, ein Gesuch um die Aufnahme von EG-Beitrittsverhandlungen zu stellen.¹² Dieser Entschluss war folgenreich. Er spaltete die Anhänger des EWR: Den einen galt der Vertrag als bloße Vorstufe zur EG-Vollmitgliedschaft, welche die fehlenden Mitbestimmungsrechte kompensieren würde. Die anderen befürworteten den EWR-Beitritt, scheuten aber die Vollmitgliedschaft, weil sie fürchteten, dafür keine Mehrheit im Volk zu finden.¹³ Die strategischen Gegner der EG-Vollmitgliedschaft mahnten, dass das isolationistische Selbstverständnis des neutralen, unabhängigen Sonderfalls das bundesrätliche Ziel der europäischen Integration konterkarieren würde. Die Befürworter dagegen knüpften an das nationale Selbstverständnis als aufgeklärte Musterrepublik an und stellten in Aussicht, die EG nach dem Vorbild des föderalistischen Bundesstaates von Innen erneuern zu können.

Danach begann die eigentliche Abstimmungskampagne.¹⁴ Für die Annahme des Bundesratsbeschlusses warben neben der Regierung und den drei großen Parteien auch andere deutungsmächtige Akteure. Die führenden Tageszeitungen, der staatliche Rundfunk und die großen Wirtschafts- und Gewerkschaftsverbände politisierten mehr oder weniger offen für die europäische Integration. Im Vordergrund standen zunächst wirtschaftliche Motive. Nur mit dem EWR sei die Schweiz in der Lage, sich von der schwachen Konjunktur der frühen 1990er Jah-

11 Vgl. Linder 2010: 16.

12 Ernst 2012.

13 Vgl. Linder 2010: 16. Vielen Befürwortern des EWR-Beitritts gilt der 18.5.1992 deswegen noch heute als folgenschwerer taktischer Fehler (vgl. exemplarisch Ernst 2012 sowie Büttler 2002: 837).

14 Für eine ausführliche Prozessanalyse des Abstimmungskampfes vgl. Huth-Spiess 1996. Die Politologin macht insbesondere die unzureichende Politikvermittlung des Bundesrates für das spätere Scheitern des Vertrages verantwortlich. Ähnlich argumentiert bereits Goetschel 1994.

re zu erholen, und ohne den EWR drohten Isolation, Stagnation und Arbeitslosigkeit, mahnte beispielsweise der Bundesrat in einer Informationsbroschüre.¹⁵

Während die drei anderen Bundesratsparteien sich darüber verständigen konnten, nach außen geschlossen für den EWR zu politisieren, sorgte die EWR-Frage bei der SVP für eine heftige Kontroverse.¹⁶ Das Parteiprogramm von 1991 hatte in der Frage der europäischen Integration einen relativ großen Interpretationsspielraum gelassen, da die Delegierten in der Außenpolitik gegenüber der EG weit auseinanderlagen.¹⁷ Die liberale Berner und Bündner Führungsriege der SVP Schweiz, die Junge SVP und allen voran der SVP-Bundesrat Adolf Ogi befürworteten den Beitritt zum EWR. Entgegen der Skepsis vieler Parteimitglieder setzte diese Faktion durch, dass sich die SVP in der Populärfassung des Parteiprogramms festlegte, gegen „eine zentralistische und undemokratische EG ohne Mitbestimmung der Staaten und Regionen“, gegen „die Aufgabe der Selbstbestimmung und der Volksrechte zugunsten Europas und gegen „den Beitritt der Schweiz zur heutigen EG“, aber „für die Beteiligung der Schweiz an einem Europäischen Wirtschaftsraum“ einzutreten.¹⁸

Gegen diese Entscheidung politisierte hauptsächlich die SVP-Zürich. Unterstützung erfuhr sie von Seiten der neugegründeten deutschschweizerischen Kantonssektionen und der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS), die 1986, im Vorfeld der Abstimmung über den UNO-Beitritt von Christoph Blocher, Otto Fischer (FDP) und anderen namhaften Konservativen als überparteiliche Organisation gegründet worden war und den UNI-Beitritt tatsächlich verhindern konnte. Als Präsident der SVP-Zürich und der AUNS avancierte Blocher früh zum Wortführer der EWR-Gegner. Er finanzierte Zeitungsinserate, publizierte beinahe in jeder Ausgabe der nationalkonservativen Wochenzeitung *Schweizerzeit*, tourte über mehrere Monate durch das Land und stand beinahe täglich am Rednerpult und setzte sich im parteiinternen Duell gegen Ogi schließlich durch. Auf dem anberaumten Parteitag sprach sich eine deutliche Mehrheit gegen den Vertrag aus. Wenngleich die Kantonssektionen Waadt und

15 Vgl. dazu die Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 6. Dezember (Bundesrat 1992).

16 Neben der SVP stand insbesondere die SP nicht vorbehaltlos hinter dem Vertrag. Viele SP-Parlamentarier/innen warnten vor Lohndumping und einem etwaigen Anstieg der Mieten (vgl. Menzi 2010: 499). Doch hofften viele, eine spätere EG-Vollmitgliedschaft würde dies mittelfristig wettmachen.

17 Vgl. Rinderknecht 1993: 343.

18 Vgl. zudem: SVP-Parteiprogramm für die eidgenössische Legislaturperiode 1991–1994 (Populärfassung).

Bern trotzdem für ein Ja mobilisierten, war die SVP damit die einzige bedeutende politische Kraft, die gegen den EWR politisierte.

Nachdem sich in Umfragen abzeichnete, dass der EWR vom Volk angenommen werden würde, konnten die Gegner die Abstimmung doch noch für sich entscheiden. Bei einer Wahlbeteiligung von über 78 Prozent stimmten am 6. Dezember 1992 50,3 Prozent der Stimmbürger/innen gegen den Beitritt. In 16 der 23 Kantone lag die Mehrheit bei den Gegnern des Vertrages. Die Vertragsunterzeichnung und das Parlamentsmehr waren hinfällig. Zwar hatten die welschen Kantone, wie erwartet, geschlossen zugestimmt, doch sprachen sich die deutschsprachigen und insbesondere die ostschweizerischen Kantone mit zum Teil deutlichen Mehrheiten gegen den EWR aus.

Obwohl das Abstimmungsergebnis unterschiedliche Konfliktlinien widerspiegelte,¹⁹ deuteten die Medien die Stimmverteilung primär als Ausdruck des sogenannten ‚Röstigrabens‘, der Mentalitätsunterschiede zwischen einer isolationalistischen Deutschschweiz und einer weltoffenen Romandie.²⁰ Der FDP-Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz warnte am Tag nach der verlorengegangenen Abstimmung gar vor einer Spaltung von Welschen und Deutschschweizern. Sein Urteil, der Abstimmungssonntag sei ein „schwarzer Sonntag“ gewesen, prägte das Medienecho der folgenden Tage.²¹

B) Die EWR-Abstimmung als dislozierendes Ereignis und als Geburtsstunde des SVP-Populismus

Die Tragweite und die Sprengkraft der Abstimmung waren unstrittig. Das Nein zum EWR brach mit dem außenpolitischen Kurs der schrittweisen Integration in

19 Vgl. Kriesi u.a. 1993: 3. Sie unterscheiden fünf Konfliktlinien, die die Entscheidung pro oder kontra EWR beeinflusst hätten: „die populistische (die zwischen den misstrauischen Bürgern und jenen, verläuft, welche dem Bundesrat vertrauen), die sprachliche, den Stadt/Land-Gegensatz, den Gegensatz aufgrund des Ausbildungsstandes und den Rechts/Links-Gegensatz“ (ebd.).

20 Das gilt insbesondere für die französischsprachige Presse.

21 „Ce clivage n’est pas fait sur une question accessoire. C’est notre destin qui se joue. Avec des majorités aussi nettes, tant d’un côté que de l’autre, je vois noir pour notre avenir.“ In der deutschen Übersetzung: „Dieser Bruch betrifft nicht eine nebensächliche Frage. Unser Schicksal steht auf dem Spiel. Angesichts so deutlicher Mehrheiten auf der einen wie auf der anderen Seite sehe ich schwarz für unsere Zukunft.“ (Delamuraz, zit. in: [o.A.] 24 heures, 7.12.1992).

internationale Organisationen, den die Regierung nach dem Fall des Eisernen Vorhangs einschlagen wollte. Aus Sicht der Wirtschaftsverbände gefährdete das Abstimmungsergebnis die Prosperität einer nunmehr isolierten Schweizer Volkswirtschaft, zumal die ökonomische Globalisierung die politischen Gestaltungsmöglichkeiten gerade des Kleinstaates aushöhlte und daher transnationale Regierungsformen erfordere.²² Schließlich bedeutete die Absage an die europäische Integration eine Wiedergeburt des nationalen Selbstbildes als inselartige Alpenfestung. So sind es mindestens vier Aspekte, die den Volksentscheid zu einem dislozierenden Ereignis machen:

- (1) Das Duell, aus dem Blocher & Co als Sieger hervorgingen, glich einem David-gegen-Goliath-Szenario. Die machtvollen Deutungseliten (die drei stärksten Parteien, der Bundesrat, die wichtigsten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die Landeskirchen und die Leitmedien) hatten sich im Vorfeld der Abstimmung geschlossen für den Beitritt eingesetzt. Das Nein zum EWR stellte insofern die Responsivität des politischen Systems in Frage. Es bot Blocher, der AUNS und der Zürcher-SVP die Chance, sich zur Avantgarde einer vielfältigen oppositionellen Bewegung emporzustilisieren, die sich zu Beginn der Kampagne auf verlorenem Posten wähnte, in der Zukunft aber den Willen einer politisch entfremdeten Mehrheit zum Ausdruck bringen sollte.
- (2) Die EWR-Abstimmung stellte die SVP vor eine erneute Zerreißprobe und wiederum hießen die Pole Zürich und Bern bzw. Christoph Blocher und Adolf Ogi. Der Berner SVP-Bundesrat war einer der Bundesräte, die den EWR als Vorstufe zur Vollmitgliedschaft wahrnahmen und sich für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen einsetzten.²³ Da Blocher in der Europa-Frage im Unterschied zu wirtschaftspolitischen Fragen innerhalb der SVP nicht nur die Zürcher Kantonalsektion hinter sich wusste, sondern auch auf die mehrheitliche Unterstützung der SVP Schweiz zählen konnte, diente der Widerstand gegen die europäische Integration der Schweiz als festes Standbein in der parteiinternen Auseinandersetzung um die zukünftige politische Ausrichtung der Partei.

22 Vgl. Bütler 2002: insb. 830ff.

23 Sein offenes Engagement für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Brüssel entpuppte sich als strategisch verhängnisvoll. Seine Rede vom „Trainingslager EWR“ wurde von den Gegnern des Vertrages aufgegriffen und avancierte bald zum geflügelten Wort (vgl. etwa Ernst 2012).

- (3) Die EWR-Abstimmung stellte nicht nur die Weichen für den Sieg der Zürcher im innerparteilichen Flügelkampf. Blocher hatte bereits Anfang der 1990er Jahre angesichts der Entwicklungen in der Drogen, Asyl- und Verteidigungspolitik zwischen einer ‚orientierungslosen, kranken Classe politique‘, ihren ‚Helfershelfern in den Schulen und Universitäten‘ und ihren ‚verwahrlosten Klienten‘ auf der einen und einem ‚gesunden Volk und der führungsstarken, beispielgebenden Zürcher SVP‘ auf der anderen Seite unterschieden.²⁴ Die EWR-Frage bot Gelegenheit diese überdeterminierte Konfliktkonstellation zwischen einem ‚starken, charakterfesten Wir‘ und einem ‚richtunglosen, schwachen Sie‘ zu konsolidieren und zu intensivieren. Denn im Unterschied zum Konflikt mit ‚dem Kommunismus‘, dem realexistierenden Sozialismus und einer ihm insgeheim nacheifernden schweizerischen Linken, als dem identitätsstiftenden Antagonismus der bürgerlichen Allianz hatte die SVP in der Europapolitik das Monopol auf die Kritik des ‚unschweizerischen Gebildes‘. Da auch die anderen beiden bürgerlichen Parteien, die europäische Integration favorisierten, bot die Europafrage Gelegenheit, die Naht zwischen der Nationalgeschichte und der oppositionellen Neuausrichtung der Zürcher SVP zu schließen und die Gründungsmythen der Schweiz und den Sonderfallgedanken zu resignifizieren. So führte der EWR-Abstimmungskampf zu einem „renversement des alliances, einer Umkehrung der Allianzen“²⁵. Der sozialdemokratische *Tages-Anzeiger* und die freisinnige *Neue Zürcher Zeitung* stimmten darin überein, dass man dieselben ‚verstockten Nein-Sager‘ vor sich selbst beschützen müsse; die SP unter ihrem kapitalismuskritischen Präsidenten Peter Bodenmann und die Economiesuisse verbündeten sich; letztere distanzierte sich vom Gewerbe und der Landwirtschaft.²⁶ Die neue Konfliktlinie verlief zwischen Öffnung und Schließung. Sie brachte die Konfliktlinien zwischen Romandie und Deutschschweiz und zwischen Stadt und Land auf einen Nenner. Der neue fundamentale Antagonismus überprägte jenen zwischen Arbeit und Kapital und zwischen Katholizismus und Protestantismus und wirbelte die zugehörigen Partei-Wähler-Bindungen durcheinander. Die Folge war eine Sprengung des bürgerlichen Lagers und eine dichotomische Restrukturierung der politischen Schweiz, die *quer* zur tradierten, gemäßigt pluralistischen Selbstbeschreibung der konkordanzdemokratischen Schweiz stand.

24 Blocher 1991.

25 Somm 2009: 293.

26 Vgl. Somm 2009: 313.

- (4) Da der Bundesrat und die anderen beiden bürgerlichen Regierungsparteien trotz der Niederlage vom 6. Dezember 1992 bis etwa 2002 am Ziel der Europäischen Integration der Schweiz festhielten, verlor die Europapolitik auch in den folgenden Jahren nicht an Aktualität und avancierte zum privilegierten Politikfeld des SVP-Populismus. Retrospektiv kann die EWR-Abstimmung daher tatsächlich als das Schlüsselereignis der politischen Schweiz begriffen werden, zu dem sie sowohl die Gegner als auch die Befürworter der europäischen Integration stilisiert hatten. Daher überrascht es auch nicht, wenn Blocher & Co den 6. Dezember 1992 als politisches Erweckungserlebnis eines marginalisierten Volkes darstellen.²⁷

C) Die Ursache des Scheiterns des EWR-Vertrages: Die diskursive Universalisierungsleistung der Zürcher SVP

Aus Sicht der Wahlanalysten Hanspeter Kriesi, Claude Longchamp, Florence Passy und Pascal Sciarini ist das Scheitern der Vorlage des Bundesrates im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass es den Gegnern gelungen sei, die Abstimmung als ideologische Grundsatzentscheidung darzustellen, welche die begrenzte Sachfrage nach der ökonomischen Integration in den gemeinsamen Europäischen Binnenmarkt transzendiert.²⁸ Sowohl bei den Befürwortern als auch bei den Gegnern hätten am Ende nicht „die kalte und rationale Auswertung der Kosten und Gewinne des EWR den Ausschlag gegeben“²⁹. Vielmehr seien „sich am 6. Dezember [...] zwei Vorstellungen über die Schweiz und ihre Zukunft gegenüber[ge]standen“³⁰. Die Niederlage der Befürworter des EWR sei der Tatsache geschuldet, dass sie die Kompatibilität der europäischen Integration mit dem Selbstverständnis der Schweiz nicht plausibilisieren konnten, während die SVP und die AUNS mit Argumenten aufgewartet hätten, die „tief verwurzelten Überzeugungen und Werten der SchweizerInnen entsprochen haben“³¹, so das Fazit der Politologen. Demnach lag der Schlüssel für den Erfolg von Blocher & Co in der diskursiven Strategie, die Diskussion vom *konkreten* „Inhalt der Vorlage“ auf die *universellere* „Bedeutung der Abstimmung“ zu verlagern.³²

27 Vgl. Blocher 2004: 8.

28 Kriesi u.a. 1993 : 4f.

29 Ebd.: 4.

30 Ebd.

31 Ebd.: 4f.

32 Ebd.: 4.

Vor dem Hintergrund dieser Analyse stellt sich die Frage, wie sich eine partikulare außen- und wirtschaftspolitische Differenz in eine politikfeldübergreifende Wir-Sie-Unterscheidung transformieren konnte. Des Weiteren gilt es zu rekonstruieren, wie die im Rahmen der EWR-Abstimmung geschmiedete Konfliktlinie zwischen ‚Öffnung und Schließung‘ zur prägenden Konfliktlinie der politischen Schweiz avancierte³³ und wie ausgehend vom 6. Dezember 1992 das „politische Momentum“³⁴ erzeugt wurde, das der Zürcher SVP und Blocher zum Durchbruch verhalf. Mit anderen Worten: Folgt man der Diagnose, dass der EWR nicht aufgrund partikularer Vertragsdetails und individueller Interessenkalküle, sondern in erster Linie aufgrund seiner allgemeinen Bedeutung abgelehnt wurde, so müssen die diskursiven Strategien ausfindig gemacht werden, die diese Universalisierungsleistung vollziehen. Es gilt zu analysieren, wie der von der Zürcher SVP propagierte „Gegensatz zwischen den Vertretern einer offenen, kulturell liberalen Schweiz und den Verteidigern der Schweizer Traditionen“³⁵ zum grundlegenden politischen Konflikt avancieren konnte. Denn auf dieser Transformation gründet nicht nur das Scheitern des EWR und der europäischen Integration, sondern auch die Hegemonisierung des ‚Sonderfalls Schweiz‘, dem die ehemalige Klientelpartei ihren Aufstieg zur stärksten politischen Kraft verdankt.

D) Die Folgen der EWR-Abstimmung: Die politische Polarisierung der Schweiz

Wohingegen die drei großen Regierungsparteien mehr oder minder geschlossen für den EWR-Vertrag politisierten, war die SVP in der EWR-Frage gespalten. Obwohl sich die Partei im Frühsommer auf ein Nein festgelegt hatte, unterstützte der liberale Berner Flügel weiterhin die Europapolitik des Bundesrates. Mit dem Streit über die Parolenfassung war eine Debatte über den Stellenwert des EWR verbunden. Als sich zeigte, dass der offensiv proeuropäische Kurs des SVP-

33 Zur Konfliktlinie zwischen Öffnung und Abgrenzung als der strukturierenden Konfliktlinie des Schweizer Parteiensystems vgl. Brunner/Sciarini 2002 u. Bornschier/Helbing 2005: 32ff. Die Politologen begründen die Dominanz dieser Konfliktlinie jedoch nicht diskurstheoretisch, sondern führen sie auf eine vorpolitische Transformation von Werten sowie auf Einstellungen, Interessen und Zukunftserwartungen zurück, die sie bestimmten sozialen Schichten und Milieus zuordnen.

34 Altermatt 2013: 29.

35 Kriesi 2005: 5.

Bundesrates Adolf Ogi innerhalb der Partei nicht mehrheitsfähig war, versuchten Vertreter des liberalen Flügels, die Bedeutung der anstehenden Abstimmung zu begrenzen. Eine Woche vor der Abstimmung argumentierte beispielsweise der Nationalratspräsident Hans-Rudolf Nebiker, dass im Fall eines Nein zum EWR deutlich weniger Handlungsoptionen blieben als bei einem positiven Votum, weswegen unentschlossene Bürger/innen sich vernünftigerweise zu einem Ja durchringen müssten. Der erfahrene SVP-Politiker stellte die EWR-Abstimmung als eine Abstimmung von vielen dar und warb für ein *try-and-error*-Verfahren in der Europapolitik. Sollte sich der EWR aus Schweizer Sicht nicht bewähren, könne der Vertrag jederzeit gekündigt werden, so sein zentrales Argument.³⁶

Nebikers Plädoyer für ein pragmatisches *try-and-error* konnte kurz vor der Abstimmung jedoch nicht mehr überzeugen. Die gesellschaftlichen Schreckensszenarien, mit der Gegner und Befürworter für ihr Anliegen geworben hatten, machten die EWR-Abstimmung zur Grundsatzentscheidung. Im Verlauf der Abstimmungskampagne war der EWR weit mehr geworden als ein Freihandelsvertrag zwischen den EFTA-Staaten und der EG. Für die meisten Stimmbürger/innen entsprach die Entscheidung ‚pro oder contra EWR‘ einem umfassenden ideologischen Bekenntnis, einer qua politischer Überzeugung entschiedenen Positionierung auf einem polar strukturierten politischen Feld, auf den sich zwei antagonistische historische Blöcke gegenüberstanden: hier die proeuropäischen Schweizer Deutungseliten, dort die als *underdog* auftretende Zürcher SVP, die sich zur neuen Protagonistin eines transhistorischen nationalen Freiheits- und Unabhängigkeitskampfes stilisierte.

Zu dieser Polarisierung der Bevölkerung führte nicht nur die Deutung des EWR-Vertrages durch Blocher & Co,³⁷ sondern auch jene der entschiedenen Befürworter der europäischen Integration. Denn im proeuropäischen Diskurs findet sich wenngleich in spiegelverkehrter Fassung, dieselbe Universalisierung des EWR. Am Tag nach der Abstimmung deutete einer der Wortführer der europäischen Integration auf bürgerlicher Seite, der Freisinnige Peter Tschopp das Ergebnis als Ausdruck eines umfassenden Gegensatzes zwischen einem aufgeklärten und progressiven Lager und einem ideologisch verblendeten und reaktionären Lager. Diejenigen, „die in einer idealisierten Vergangenheit“ leben, hätten sich gegen diejenigen durchgesetzt, die „Sinn für gesellschaftlich relevante Entwicklungen“ haben, räsionierte der Ökonom in der Basler Zeitung.³⁸ Die vagen

36 Nebiker 1992.

37 Exemplarisch für die „weittragende Bedeutung“, die Blocher der EWR-Entscheidung zusprach vgl. Blocher 1992b: 3.

38 Tschopp 1992.

Inhalte und Forderungen, die sich hinter den überdeterminierten Platzhaltern „idealisierte Vergangenheit“ und „gesellschaftlich relevante Entwicklungen“ verbergen, entsprechen – wenngleich unter umgedrehten qualifizierenden Vorzeichen – dem binären Konfliktszenario, das Blocher, die Zürcher SVP und die AUNS im Rahmen der EWR-Abstimmung entworfen hatten. Es imaginiert einen unteilbaren Gegensatz zwischen einem liberalen, universalistischen Kosmopolitismus und einem kommunitaristischen, partikularistischen Ethnonationalismus, dessen Persistenz und Intensität zu einer Krise der operativen Paradigmen der Konkordanzdemokratie führen sollten.³⁹

Der Volksentscheid über den EWR markierte den Grundstein für die Hegemonie der binären Ordnungsmatrix des SVP-Populismus, die zunächst das bürgerliche Lager in einen kulturell liberalen und einen nationalkonservativen Teil brach und im langen Nachhall der Abstimmung das gesamte Parteiensystem symbolisch spaltete. Im Rahmen des Widerstandes gegen EWR und EG war es dem Zürcher Flügel gelungen, unterschiedliche politische Positionen und Forderungen gegen die politische Klasse und ihre vermeintliche Klientel in Stellung zu bringen und unter seiner ideologischen Führung engzuführen.

39 An dieser Stelle ließe sich einwenden, dass jedem Volksentscheid eine binäre, dezisionistische und vereinfachende Logik innewohnt. Und in der Tat führt das Plebiszit ein konkurrenzdemokratisches Moment in das Schweizer Konkordanzsystem ein. Es zwingt die politischen Parteien zu einem klaren Bekenntnis und auch den Stimmberechtigten stellt es die Aufgabe, sich zwischen einem schlichten Ja und einem schlichten Nein zu entscheiden. In anderen Worten, das Plebiszit drängt die politische Gemeinschaft zur Entscheidung und unterwirft die öffentliche Deliberation und die parlamentarische Kompromissbildung der blanken Pro-Contra-Entscheidung. Jedoch wurde das polarisierende Momentum der Volksentscheidung in der jüngeren Geschichte der Schweiz von den Trägern des Konkordanzprinzips mittelfristig stets domestiziert. Obwohl das Schweizervolk über bedeutsame politische Fragen per Referendum entschied, gelang es der bürgerlichen Mitte, den offenen Dissens zwischen Mehrheit und Minderheit doch auf ein Politikfeld oder gar eine Sachfrage einzugrenzen, den Volkswillen zu beschwichtigen und eine Intensivierung des Gegensatzes zwischen Gegnern und Befürwortern abzuwenden. Die differenzlogisch komponierte Struktur des politischen Raumes blieb daher stets intakt; die operativen Paradigmen des gemäßigt pluralistischen politischen Systems waren nie gefährdet (Zur wirksamen Einhegung des spaltenden Moments der Volksabstimmung vgl. Kobach 1993).

4.2 EINSCHUB: DIE ALBIGÜETLI-TAGUNG DER ZÜRCHER SVP

Ehe ich mich der Albisgüetli-Rede von 1992 zuwende, um zu zeigen, wie die Zürcher SVP diese hegemoniale Repräsentationsleistung vollbringt, möchte ich in einem kurzen Einschub die sinnstiftende Performanz der Institution ‚Albisgüetli‘ herausarbeiten.⁴⁰ Die erste Albisgüetli-Tagung fand am 3. Februar 1989 statt. Seither lädt die Zürcher Sektion jedes Jahr im Hochwinter Mitglieder und Sympathisanten zu dem politischen Anlass. Die Albisgüetli-Tagung stieß von Beginn an auf hohes massenmediales Interesse und avancierte schnell zu einem publikumswirksamen Höhepunkt des politischen Jahres. Bis 2001 übertrug das erste Schweizer Fernsehen die Veranstaltung direkt und zur besten Sendezeit.

Das Protokoll sieht vor, dass zunächst Christoph Blocher spricht und im Anschluss ein geladener Bundesrat oder ein Spitzenpolitiker einer anderen Partei die Chance zur Gegenrede erhält.⁴¹ Dieses Format nobilitiert die Zürcher SVP als volksnahe, zutiefst demokratische Partei, die sich für eine faire politische Auseinandersetzung einsetzt;⁴² zugleich strukturiert das Protokoll die politische Debatte als binäre Auseinandersetzung zwischen einem Vertreter der Regierung und Blocher als *dem* Mann der Opposition.

Darüber hinaus ist der Veranstaltungsort interessant. Die Zürcher SVP tagt nicht etwa in einer modernen Mehrzweckhalle. Beim Albisgüetli handelt es sich um ein Schützenhaus und insofern um ein historisches Motiv von hohem identitätsstiftendem Gehalt. So stellt sich die Partei mit dem Tagungsort in die Tradition der schweizerischen Schützenfeste. Diese Feste bildeten zu Beginn des 19. Jahrhunderts zunächst einen „Knotenpunkt des liberal-radikalen Kommunikationsnetzes“ und spielten eine „wichtige Rolle im politischen Formierungsprozess“ des nationalen Imaginären.⁴³ In den 1830er und -40er Jahren dienten sie den progressiven, nationalistischen Kräften als Orte des Ideenaustausches. Libe-

40 Vgl. dazu Lukas Zollingers (2002 u. 2004: 46ff.) wissenssoziologisch informierte Analyse der Albisgüetli-Rede von 2000.

41 Bis 2001 waren Blochers Gegenredner stets Bundesräte. Danach wurde beschlossen, dass Bundesräte in Zukunft die Einladung ablehnen sollten. Es handle sich bloß um eine politische Veranstaltung einer Kantonalpartei, weswegen der Bundesrat keine Veranlassung sehe, teilzunehmen (Couchepin zit. in: Somm 2009: 314).

42 Blocher stellt diesen demokratisierenden Impetus der Albisgüetli-Tagung immer wieder aus. Vgl. exemplarisch Blocher 1998.

43 Tanner 2002: 185f.; vgl. auch Hettling 1998.

rale und Radikale mobilisierten mit Reminiszenzen an die „parareligiöse [Tell-]Mythologie“⁴⁴, „den Freiheitskampf, die Opferbereitschaft und die Bruderliebe der Väter“⁴⁵ für ihren Kampf gegen die Jesuiten, den Ultramontanismus der katholischen Kirche und für die Überwindung der alten ständischen Hierarchien in den Kantonen, die der Einheit und Selbstbestimmung der Nation im Weg stünden. Mit den rhetorischen Rückgriffen auf die Gründungsmythen der Alten Eidgenossenschaft

„stellten [sie] ihre politische Bewegung, ihren Kampf um die nationale Einigung nicht nur in eine Linie mit den ‚Befreiungskriegen‘ im Spätmittelalter, sondern sie rückten sich und ihre Taten in einer Art mythischen Synchronisierung von Vergangenheit und Gegenwart auch in den Dunstkreis zeitlosen heroischen Strebens.“⁴⁶

In der ersten Hälfte des 19. Jahrhundert waren die protestantisch-liberal geprägten Schützenfeste noch gegen die katholisch-konservativen Feinde im Innern gerichtet. Nach der Gründung des Bundesstaates im Jahr 1848 machte der Antikatholizismus jedoch einem konsensualen Nationalismus Platz, der die ehemaligen Konfliktparteien integrierte.

„Lange vor der gleichsam offiziellen Versöhnung zwischen freisinniger und katholischer Schweiz am Ende des Jahrhunderts hatten die Schützenfeste ein Forum geschaffen, auf dem sich Radikale und Konservative, Freisinnige und Katholiken *gemeinsam* als Schweizer Männer im und beim Schiessen treffen und kennenlernen konnten.“⁴⁷

Neben den historischen Topoi der Reden spielten insbesondere die Rituale der Schützenfeste eine herausragende Rolle für die nationale Vergemeinschaftung. Der Einzug und die Zusammenkunft der Schützen, der Fahnenkult, das hochregulierte Schiessverfahren, die Preisübergabe, das gemeinsame Essen und Singen, aber auch Alltagspraktiken wie der Handschlag und das vertrauliche ‚Du‘ der Schützen⁴⁸ bildeten ein Ensemble von rituellen Praktiken, anhand derer sich das sozial heterogene Teilnehmerfeld als Keimzelle eines neuen und doch historisch begründeten Bundes aus wehrhaften, freien, gleichen, treuen und mutigen Männern identifizieren konnte. Die Schützenfeste symbolisierten, die „innere Einheit

44 Zollinger 2002: 7.

45 Tanner 2002: 189.

46 Ebd.

47 Hettling 1998: 97.

48 Vgl. Zollinger 2002: 7.

bei äusserer Vielartigkeit und Zerspaltung“, wie Jacob Burckhardt prägnant diagnostizierte.⁴⁹ Angesichts des gemeinsamen Schießens rückten ideologische, kantonale, ständische und konfessionelle Differenzen in den Hintergrund.⁵⁰ „Traf man bei den Schützenfesten als Gruppe ein, verliess man sie im Zusammenschluss zur Nationalgemeinschaft“⁵¹, einem Kollektiv, das die Pluralität seiner Mitglieder nicht suspendiert, sondern im gemeinsamen Kampf gegen fremde Großmächte politisch außer Kraft setzt.

Somit stellt das Arrangement der Albigütli-Tagung, die historische Aufladung des Ortes, die Neuinszenierung der Schützen-Symbolik mit gemeinsamem Abendessen, Blasmusik, Fahnen und Wappen, die Zürcher SVP und ihren Präsidenten in die Tradition des liberalen Schweizer Nationalismus⁵². Dessen zentrale Werte Gleichheit, Freiheit, Einheit, Wehrhaftigkeit, Mut und Treue wird Blocher in seinen Reden mit der politischen Agenda der SVP zu einem neukonservativen *Block* artikulieren.

4.3 DIE ALBIGÜETLIREDE VON 1992

In der Albigütli-Rede von 1992 polemisiert Blocher gegen Konkordanz und Korporatismus. Der Titel *Anpassung und Widerstand*⁵³, der die *Cleavage* ‚Öffnung/Abgrenzung‘ im Diskurs der EWR-Befürworter aufgreift und variiert, nimmt die polarisierende Stoßrichtung der Rede vorweg. Dieses Deutungsschema, anhand dessen während des Zweiten Weltkrieges und vor allem in der Nachkriegszeit die mit Hitler-Deutschland sympathisierenden, ‚anpasserischen Fröntler‘ von den ‚widerständischen Schweizer Patrioten‘ unterschieden wurden, desartikuliert die differenzlogisch komponierte politische Schweiz und begründet das oppositionelle Projekt der Zürcher SVP.

Blochers Argumentationsgang folgt der Struktur ‚Exempel, These, Beleg, Fazit‘ und gibt somit Auskunft über die hegemoniale Funktionsweise der Rhetorik des SVP-Populismus. Blochers Rede oszilliert zwischen konkreten Missständen und partikularen Forderungen einerseits und einer universellen Krisendiagnostik andererseits. Diese Rhetorik verwebt das Singuläre mit dem Allgemeinen.

49 Burckhardt 2008: 492.

50 Vgl. Zollinger 2002: 8.

51 Zollinger 2002: 7.

52 Zum liberalen Schweizer Nationalismus vgl. Kohn 1956: 77.

53 Blocher 1992a.

Dabei gründet die gemeinsame Artikulation der Forderungen und Missstände im Rahmen des politischen Projekts der Zürcher SVP auf dem Antagonismus gegenüber der als konformistisch und anpasserisch gebrandmarkten Konsenspolitik des politischen Establishments. Die Wir-Gruppe, die in diesem umfassenden Konfliktszenario geschmiedet wird, verfügt nicht etwa über einen gemeinsamen sozialstrukturellen Herkunftsort, sondern kann nur als antagonistisch konstruierte Einheit gedacht werden. Denn die äquivalentielle Verknüpfung der differenten Elemente basiert nicht auf einem tieferliegenden positiven Kern, sondern auf der Konstruktion eines antagonistischen Anderen, der sie allesamt blockiert.

Blocher beginnt, indem er die politischen Entscheidungen in der Asyl-, Sicherheits- und „vor allem“⁵⁴ der Europapolitik als Ausdruck des Konformismus der politischen Klasse liest. Deren tieferliegende Ursache erkennt er wiederum in ihrer persönlichen Charakterschwäche:

„Im vergangenen 700. Jahr der Eidgenossenschaft ist kaum eine offizielle Rede zu Ende gegangen, in welcher nicht Bundesräte, Parlamentspräsidenten, National- und Ständeräte usw. betont hätten, die Schweiz sei kein Sonderfall mehr. Offenbar schämt man sich, etwas Besonderes zu sein. Woher kommt diese krampfhaft dauernde Beteuerung der Politiker, die Schweiz sei kein Sonderfall, könne so nicht mehr existieren? Klar steckt dahinter Schlimmeres als nur alberne Mode: Dahinter sind Unsicherheit, Schwäche auch, Unselbstständigkeit, Minderwertigkeitsgefühl, aber vor allem auch die Unfähigkeit, die Probleme im eigenen Land zu lösen. [...] Letztlich – und dies muss mit aller Deutlichkeit festgehalten werden – ist es auch mangelnde Identifikation der führenden Politiker mit dem eigenen Land, dem eigenen Volk, der eigenen Aufgabe. Das geht sogar bis zur Verachtung dieses Landes, bis zur Verachtung des Volkes.“⁵⁵

Blochers Kritik der politischen Klasse setzt mit dem Hinweis auf das 700. Jubiläum der Eidgenossenschaft ein. Ohne seinen eigenen politischen Standpunkt an dieser Stelle explizit zu machen, schafft der kurze Hinweis eine antagonistische Grenze: Wohingegen die Geschichtsvergessenheit der führenden Politiker/innen soweit reicht, dass sie selbst im Jubiläumsjahr dem Sonderfallgedanken abschwören, erscheint Blochers Position *ex negativo* als in einer historischen Kontinuität stehend. Darauf folgt eine Reihe von Disqualifikationen der politischen Führung, die den Konformismus der Eliten, die Abkehr vom Sonderfallgedanken ursächlich erklären sollen und Blocher im Umkehrschluss als Anwalt des „Son-

54 Ebd.

55 Ebd. Die abundanten Kursivsetzungen werden hier und im Folgenden nicht berücksichtigt.

derfalls‘ und als diametrales Gegenteil einer ‚schamvollen, unsicheren, unselbständigen, schwachen und verachtungsvollen Classe politique‘ porträtieren.

Blocher hebt in erster Linie auf die gegensätzlichen Sekundärtugenden der Zürcher SVP und der politischen Klasse ab. Die politischen Positionen der Eliten werden nicht auf spezifische politische Überzeugung, sondern auf ihre allgemeine Charakterschwäche zurückgeführt, die sich in der „mangelnde[n] Identifikation mit dem eigenen Land, dem eigenen Volk und der eigenen Aufgabe“ ausdrücke und in der „Verachtung“ gegenüber „Land“ und „Volk“ kulminierte.⁵⁶ Diese Klimax spitzt die Kritik des politischen Establishments skandalisierend zu, versinnbildlicht dergestalt die Intensivierung des politischen Konflikts und plausibilisiert die Unüberbrückbarkeit der Differenzen zwischen uns und ihnen. Die inhaltlich überdeterminierten Topoi der Orientierungslosigkeit und der Führungsschwäche stellen so unterschiedliche Gruppen wie Wirtschaftsfunktionäre, Gewerkschaften, Christdemokraten, Freisinnigen und Sozialdemokraten als Elemente eines umfassenden Bedrohungskomplexes vor. Dieses antagonistische Lager wird gleichzeitig mit Begriffen ‚Scham‘ und ‚Verachtung‘ semantisch affiziert. Für Empörung sorgen nicht etwa die falschen politischen Identifikationen der anderen Politiker/innen, sondern der von Impartialität und Konformismus geprägte konkordanzdemokratische Habitus, der als charakterbedingte Unfähigkeit zur politischen Identifikation dargestellt wird.

Folgelogisch erhebt Blocher den Gegensatz von ‚Anpassung und Widerstand‘ zur zukünftigen „Grundfrage unserer politischen Auseinandersetzung“⁵⁷ und dekliniert unterschiedliche Politikfelder anhand dieses Deutungsschemas. Damit reduziert er die mannigfaltigen politischen Differenzen der pluralistischen Schweiz auf einen übergreifenden respektive basalen Konflikt zwischen zwei verfeindeten Lagern. Gegenüber stehen sich nicht Nationalkonservative, Liberal-konservative, Marktliberale, Sozialkonservative, Sozialdemokraten, Grüne und Sozialisten, sondern lediglich zwei antagonistische Blöcke: Die widerständische Wir-Gruppe, deren Identität Blocher bis hierhin nicht näher bestimmt, sondern lediglich als bedrohte Entität umrissen hat, trifft auf „akademisch getarnte“, „schablonenhafte, stromlinienförmige und anpassungswillige Repräsentationsfiguren“, die Politik, Wissenschaft und Wirtschaft kolonisierten.⁵⁸

Die Vagheit der antagonistisch gruppierten Blöcke geht hier nicht zufällig mit der affektiven Steigerung des Gegensatzes einher. Denn die relative Leere der Begriffe, mit denen sich das ‚Wir‘ bezeichnet, ist die Bedingung für die Ex-

56 Ebd.

57 Ebd.

58 Ebd.

pansion der Äquivalenz und je weitreichender diese Expansion, desto umfassender und existenzieller muss die Bedrohung für die einzelnen Glieder ausgemalt werden, um eine Implosion der Kette zu verhindern. Dergestalt spiegelt die Intensivierung des Konfliktes die Totalität der Bedrohung und kompensiert zugleich die Heterogenität der gemeinsam artikulierten Elemente.

Nachdem sich der Parteipräsident der Zürcher SVP lange Zeit ausschließlich mit dem politischen Kontrahenten auseinandergesetzt hat, wendet er sich nun der eigenen Kantonssektion zu. In ihren jüngsten Wahlerfolgen erkennt der ein „hoffnungsvoll[es]“ Zeichen der Besserung von der diagnostizierten Malaise. Denn im Gegensatz zur „schaukelhaften Politik der meisten Parteien“⁵⁹ sei die Zürcher SVP trotz der vehementen Kritik der Medien von den Bürgern für ihren Mut belohnt worden. Darauf folgt der Aufruf zum Widerstand, wobei die *ex negativo* hergeleiteten Sekundärtugenden der Wir-Gruppe (Entschlossenheit, Überzeugung, Stärke und Mut) nun durch einen konkreten Forderungskatalog ergänzt werden:

„Wir haben anzutreten gegen die verhängnisvolle Regulierung, gegen die ungeheure Gesetzesflut, gegen eine verfehlte rot-grüne Politik, gegen die Verschleuderung von öffentlichen Mitteln, gegen die Freiheitsbeschränkungen an allen Orten, gegen die Zunahme der Verbrechen, gegen die verfehlte Drogen- und Asylpolitik, gegen die konzeptionslose Landwirtschaftspolitik. Widerstand ist hier das Gebot der Stunde! Aber nicht nur Widerstand gegen rot-grüne Gegner, sondern auch gegen die dauernde Anpassung bürgerlicher Politiker, welche sehr oft mit pharisäerhafter Miene und professoralem Gehabe die Anpassung und das Nachgeben geradezu zelebrieren. Dies wird dann noch als ‚differenzierte‘ Politik bezeichnet. Dabei ist es aber nichts anderes als Ausdruck fehlender Kraft des Widerstandes und der fehlende Mut, zur eigenen Meinung zu stehen.“⁶⁰

Blochers Aufruf zum Widerstand beginnt mit einem Angriff auf die ersten Feinde der Zürcher SVP: Erstes Ziel sind die staatliche Bürokratie, die ökologischen und sozialistischen Partei, die Blocher zu einer einheitlichen rot-grünen Linken verschmelzt. Sodann benennt er die Politikfelder, auf denen es gelte, Widerstand zu leisten: die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Triade aus Sicherheits-, Drogen- und Asylpolitik und die Landwirtschaftspolitik. Im Anschluss wird die binär-antagonistische Logik des zentralen Deutungsmusters der Rede wirksam. Die vereinfachende Unterscheidung von Anpassern und Widerständischen dehnt die antagonistische Äquivalenzkette von Rot-Grün auf die bürgerlichen Mitte-

59 Ebd.

60 Ebd.

Parteien aus. Zum gegnerischen Lager gehören damit nicht nur die Linken, sondern auch die Protagonisten der Konkordanz, FDP, CVP und nicht zuletzt der machtvolle Berner SVP-Flügel.

Die Kritik an der konkordanzdemokratischen Konfliktlösung erfolgt nicht als offener Angriff auf die Normen des politischen Systems. Vielmehr deutet Blocher die „Anpassung“ und das „Nachgeben“, die andernorts als konkordanzdemokratisch induzierte, systembedingte Logiken der politischen Schweiz dargestellt werden, als Folge „fehlender Kraft“ und „fehlende[n] Mut[es]“, die bürgerliche Politiker mit ‚professoralem Pharisäertum‘ zu verbergen suchten.⁶¹ Mit dem Hinweis auf das universitäre Milieu, dem viele Spitzenpolitiker entstammen, wird das Deutungsmuster ‚Anpassung und Widerstand‘ durch den Antiintellektualismus ergänzt, wodurch der Freund-Feind-Gegensatz soweit ausgedehnt und vertieft wird, dass der geführte Kampfbegriff ‚Classe politique‘ erst sinnvoll erscheint. Das Zugangskriterium zur gesellschaftlichen und politischen Elite sollte eben nicht eine Frage akademisch zertifizierter Fähigkeiten, sondern eine Frage des Charakters, der Entschlossenheit und Stärke sein.

Entsprechend vehement begegnet Blocher im nächsten Teil dem typisch konkordanzdemokratischen Vorwurf, er sei ein opportunistischer „Neinsager“⁶² und nicht an konstruktiven Konfliktlösungen interessiert. Nach einem kurzen Exkurs zum Thema Drogen, in dem Blocher den Drogenkonsum Jugendlicher auf eine „Pädagogik, Erziehung, Schulweisheit und Psychologie“ zurückführt, die das „Jasagen predigte“, betont die *Hymne an die Neinsager* (so die Kapitelüberschrift), dass es in einer „politisch schlechten Zeit mit all ihren lebensfremden Lösungen“ darauf ankäme, nein zu sagen, und dass „[n]ein sagen zu einem schlechten Vorschlag“, stets hieße, zu „etwas Besserem“ ja zu sagen.⁶³ Unter diesem Motto listet das Kapitel eine Reihe von Unrechtserfahrungen und Missständen als Belege für die allgemeine Diagnose der Führungsschwäche der politischen Klasse.⁶⁴ Blocher politisiert gegen staatliche „Geldverschleuderung“ und für einen „ausgeglichene Bundeshaushalt“, gegen die Entstehung eines „Berufsparlaments“ und für ein „volksnahes Parlament“, gegen das „10-Milliarden-Abenteuer des Internationalen Währungsfonds“ und die „Weltbank“, gegen eine „internationale Entwicklungshilfe“ und für eine „prosperierende Entwicklung dieser Länder auf der Grundlage der Selbstverantwortung“, gegen den „Asylmissbrauch“, für „eine bessere Stimmung gegenüber Ausländern“ und für „den

61 Ebd.

62 Ebd.

63 Ebd.

64 Ebd.

Kampf gegen die Untätigkeit der Behörden“, gegen die „Vielzahl von Gesetzen, Paragraphen und dergleichen“ und für eine „freiheitliche, konkurrenzfähige Schweiz, in der es den Schweizern gut geht und sie ihre Eigenverantwortung wahrnehmen können“.⁶⁵ Die pleonastische Äquivalenz lässt nur einen Schluss zu, er müsste sich allenfalls „einen Vorwurf für [s]eine politische Tätigkeit der letzten Jahren machen“, nämlich den, „zu wenig nein gesagt“ zu haben.⁶⁶

Nachdem Blocher den EWR und die Auswärtige Politik gegenüber der EG lange Zeit nicht erwähnte, nutzt er die Frage der Europäischen Integration am Ende seiner Rede für einen erneuten Generalangriff auf die politische Elite. Auch dieses Thema wird gleich zu Beginn dem binären Deutungsschema Anpassung und Widerstand unterworfen: „Und nun – meine Damen und Herren – zur Schicksalsfrage für unser Land, ob die Schweiz dem EWR und der EG (im Grunde bedeutet dies dasselbe) beitreten soll oder nicht. Gerade hier geht es um die Frage nach Anpassung oder Widerstand schlechthin.“⁶⁷ Im Unterschied zu „all den Grüppchen und Gruppierungen der Classe politique und der Wirtschaft“, welche ihre Stellungnahmen zum EWR allein auf Grund der Präambel abgeben, habe „die Zürcher SVP diese Frage bereits in den letzten Jahren gründlich vorbereitet“.⁶⁸ In einem parteiinternen Willensbildungsprozess sei man zum Ergebnis gekommen, dass „ein Beitritt der Schweiz zur EG für die Schweiz wirtschaftlich, politisch und kulturell so nachteilig wäre [...], dass wir hier entschiedenen Widerstand leisten müssen“⁶⁹. Denn

„gemäss diesem Vertrag müsste unser Land ein durch die EG gesetztes Recht übernehmen! – Ein solcher Vertrag brächte unser Land in eine doppelte Satellisierung. In eine Abhängigkeit von sowohl von der EG als auch von der EFTA. Dieser Vertrag trägt unverkennbar hegemoniale Züge, er gleicht in vielem einem Kolonialvertrag: die Schweiz als Kolonie der EG-Staaten. [...]. Nein – meine Damen und Herren – wir haben nicht 700 Jahre gegen fremde Richter gekämpft, um jetzt unsere Freiheit gegen fremdes Recht und fremde Richter einzutauschen! Soviel Verlust an Souveränität, an demokratischen Rechten, soviel Verlust an Selbstbestimmung lassen wir uns nicht gefallen! [...] Wir wollen weder fremdes Recht noch fremde Richter noch koloniale Verhältnisse! Wir wollen frei und selbstständig bleiben und uns unser Recht selber geben!“⁷⁰

65 Ebd.

66 Ebd.

67 Ebd.

68 Ebd.

69 Ebd.

70 Ebd.

Bezeichnete das ‚Wir‘ bis hierhin meistens die Zürcher SVP, taucht im Zusammenhang mit dem EWR ein *umfassenderes* ‚Wir‘ auf. Dieses ‚Wir‘, in dessen Namen Blocher nun spricht, inkludiert nicht nur Redner, Publikum und abwesende Mitstreiter und Sympathisanten der Partei. Es dient nicht primär ihrer Homogenisierung und Disziplinierung. Vielmehr handelt es sich um eine metonymische Realisierung des ‚Wir‘, um ein historisch expandierendes ‚Wir‘, das Gegenwart und Vergangenheit, die Zürcher SVP und den nationalen Mythos des schweizerischen Freiheits- und Unabhängigkeitskampfes synthetisiert und auf diese Weise eine universelle Identität schöpft. Dieses Wir verdeutlicht den hegemonialen Repräsentationsanspruch, den die Zürcher SVP im Rahmen der EWR-Abstimmung formuliert. Auf dem Spiel stehen nicht nur die korporatistischen Interessen ihrer Klientel, sondern die Identität der Nation. Ein etwaiger Beitritt zum EWR brächte eben nicht nur wirtschaftliche Nachteile für bestimmte Teile der Bevölkerung. Aus Blochers Sicht stehen der Vertrag und die drohende Integration in die supranationale Gemeinschaft im Widerspruch zur historischen Identität der Schweiz und der Souveränität der historisch gewachsenen Willensnation. Blochers partikularer Kampf gegen den EWR erscheint somit als weitere Episode einer Schweizer Universalgeschichte, die vom Kampf eines von fremden Mächten bedrohten, unbeugsamen und souveränen Volkes handelt.⁷¹

Erneut wird deutlich, dass die gemeinsame Artikulation einer konsistenten Schweizer Universalgeschichte und der partikularen Positionierung der SVP, die Konstruktion eines antagonistischen ‚Sie‘ voraussetzt. Das historisch expandierende politische Kollektiv, das aus dieser Verknüpfung hervorgeht und als ‚Wir‘ angerufen wird, konstituiert sich erst durch die Abgrenzung zur expansiven Kolonialmacht EG, die – ganz im Stile des internationalen Sozialismus – versucht, die Schweiz qua EWR-Vertrag der Souveränität zu berauben und den Kleinstaat in einen von Brüssel, Berlin und Paris aus gesteuerten „Satellitenstaat“⁷² zu transformieren.

Nachdem Blocher vor den „grundsätzlichen“⁷³ Folgen des EWR gewarnt hat und die mächtigen Fürsprecher des EWR erneut der Schwäche und des mangelnden Selbstvertrauens bezichtigt hat, wendet er sich nun den Details des Vertrages zu. Zur Zeit der Rede sind diese Details, wie Blocher einräumt, noch nicht bekannt. – Ein Umstand, hinter dem Blocher selbstverständlich das taktische

71 Dieser äquivalentiellen Artikulation der partikularen Identität der SVP mit einer Schweizer Universalgeschichte wende ich mich in Kapitel 6 detaillierter zu.

72 Ebd.

73 Ebd.

Kalkül einer nicht näher bestimmten Machtelite vermutet, die „uns die Anhänge des Vertrages nicht herausgibt“⁷⁴.

„Bruchstückartig [...] erfahren wir lediglich, dass die Schweiz das europäische Sozialrecht, die Statistik, die Mitbestimmung, die Gleichstellung der Ausländer aus allen EWR-Staaten mit den Schweizer Bürgern, die Ausbezahlung der Ergänzungsleistungen der AHV für diese Ausländer, welche je einmal in der Schweiz gearbeitet haben, usw. zu übernehmen hätte. Viele dieser Bestimmungen hat unser Volk durch Volksabstimmungen abgelehnt.“⁷⁵

Zudem würde der EWR dazu führen, dass sich „unsere schweizerischen Rahmenbedingungen, die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen [...] verschlechtern“⁷⁶. Denn „als ein an sich armes Land“ brauche der Kleinstaat Schweiz „bessere Rahmenbedingungen als große, reiche Länder“.⁷⁷ Um dieses Argument zu veranschaulichen, greift Blocher auf die von Schwarzenbach geprägte Metapher des „hausgemachten demokratischen Massanzuges“⁷⁸ zurück, von dessen genauer Passform das Wohl der Schweiz abhinge. Ohne einen selbstgefertigten „massgeschneiderten Anzug“ würde „die Schweiz in der EG zu einer armen Randregion herabsinken“.⁷⁹ Dazu wiederum, führt Blocher seine neoklassische Argumentation fort, „braucht es gute Schneider, nicht internationale Schwätzer! Es scheint, dass diese Schneider bald nur noch in der Zürcher SVP zu finden sind“⁸⁰. Die Abwehr des EWR-Vertrages wird als Bedingung der unternehmerfreundlichen Wirtschaftspolitik, der Steuerautonomie der Kantone und des Wettbewerbsföderalismus porträtiert, welche die neoliberale Reformagenda der Zürcher SVP ohnehin verschärfen möchte. Dagegen bedeuteten

„EWR- und EG-Beitritt [...] für die Schweiz: politisch: mehr Abhängigkeit, weniger Volksrechte, mehr Fremdbestimmung, fremdes Recht, fremde Richter, Verlust der Souveränität, Aufgabe der Neutralität; wirtschaftlich: verschlechterte wirtschaftliche Bedingungen, unsichere Arbeitsplätze, mehr Arbeitslosigkeit, kleinere Saläre, höhere Steuern, lang-

74 Ebd.

75 Ebd.

76 Ebd.

77 Ebd.

78 Schwarzenbach 1974: 52.

79 Blocher 1992a.

80 Ebd.

fristige Abwanderung unserer Volkswirtschaft in die europäischen Zentren, eine Landwirtschaft, welche diesen Namen nicht mehr verdient.“⁸¹

Sieht man von der Stärkung der Landwirtschaft ab, die lediglich peripher gestreift wird, dann handelt es sich bei den genannten negativen Auswirkungen eines etwaigen EWR- und EG-Beitritts keineswegs um traditionelle Kernbelange der SVP. Erst die Auseinandersetzung mit der europäischen Integration erlaubt Blocher, nationalkonservative, freisinnige und insbesondere sozialdemokratische Themen zu besetzen und miteinander zu verbinden. Der von der politischen Klasse vorangetriebene EWR- und EG-Beitritt gefährde nicht nur die demokratische Selbstbestimmung der Nation, für welche die Eidgenossen und Eidgenossinnen über 700 Jahre gekämpft hätten; die Entflexibilisierung der Standortpolitik, die mit der Ratifizierung des Vertrages einherginge, führe auch zu einem wirtschaftlichen Niedergang, zu höheren Steuern, zur Abwanderung der Unternehmen in die europäischen Zentren, schließlich zu Lohnsenkungen und Arbeitslosigkeit.

Die oben zitierte Passage enthält zwar keine expliziten Forderungen, doch verweisen die gemeinsam artikulierten negativen Aspekte eines etwaigen Beitritts zum EWR und zur EG implizit auf ihre positiven Pendanten. Der von Blocher angeführte Widerstand gegen die europäische Integration der Schweiz ist gleichbedeutend mit dem Schutz der Volksrechte, der Souveränität, Unabhängigkeit und Autonomie des Landes und dem Kampf für eine florierende Wirtschaft, standorttreue Unternehmen, niedrige Steuern, hohe Löhne und sichere Arbeitsplätze.

Diese Äquivalenzkette, die gegenüber der europäischen Integration geknüpft wird, stärkt Blocher sodann, indem er aus einem Brief eines ihm „bekannten, währschaften Sozialdemokraten“⁸² zitiert, der sich in der Frage der Europäischen Integration mit ihm solidarisiert:

„Sie haben – vielleicht gerade in unserer Partei (er meint die SP) – viele Anhänger. Ich kann mich nicht so exponieren, aber sie sollen wissen, dass Sie gar nicht so allein stehen mit Ihrer Meinung, dass der Beitritt zum EWR und zur EG eine grosse Schwächung für die Schweiz darstelle. Insbesondere das arbeitende Volk spürt dies zu Recht.“⁸³

81 Ebd.

82 Ebd.

83 Ebd.

Dem fügt Blocher nur noch hinzu, dass „[e]s ist nicht das erste Mal [sei], dass die Zürcher SVP das arbeitende Volk vertritt.“⁸⁴ Denn im Unterschied zu den Kantonalsektionen anderer Parteien sei die Zürcher SVP ‚unabhängig‘. Deswegen sei sie „so stark, aber für den Gegner und die Neider auch so gefährlich“⁸⁵. Damit stilisiert Blocher die Zürcher SVP nicht nur zur Gefahr für ihre politischen Gegner, sondern postuliert auch, dass die Kritik des politischen Establishments an seiner Partei durch das partikulare Interesse des Machterhalts motiviert sei, wohingegen die eigene Politik auf Überzeugungen beruhe. Entsprechend ruft das „Schlusswort“⁸⁶ Parteimitglieder und Sympathisanten dazu auf, der medialen Aburteilung zu trotzen, zu den eigenen Überzeugungen zu stehen und an der Oppositionsrolle festzuhalten:

„Lassen wir uns nicht einschüchtern, wenn unsere Partei [...] angegriffen wird. Man versucht uns zwar damit in eine bestimmte Ecke zu stellen, die Ecke der Fremdenfeindlichen und der Neinsager, dann der Nationalkonservativen, dann der extremen Rechten usw. Aber trösten Sie sich. In dieser Ecke können wir ja gar nicht stehen, sonst müsste man uns nicht erst hineinstellen. Nein, wir gehen unseren Weg und setzen uns ein für unsere politischen Anliegen. Für unser Land und unser Volk.“⁸⁷

Blocher weist die Fremdbezeichnungen zurück, welche die Zürcher SVP als ‚fremdenfeindliche und notorisch nein-sagende Partei der extremen Rechten‘ peripherisieren. Stattdessen bezieht er sich auf die vagen Identifikationsbegriffe ‚Wir‘, ‚Land‘ und ‚Volk‘. Die Fixierung dieser leeren Signifikanten ist die notwendige Bedingung dafür, dass die Zürcher SVP sich programmatisch am rechten Rand des politischen Spektrums positioniert und gleichzeitig einen Anspruch auf die Repräsentation des universellen Imaginären der politischen Schweiz erheben kann.

Die Feinanalyse der Albisgütli-Rede von 1992 hat gezeigt, wie Blocher einen binär strukturierten politischen Raum entstehen lässt. Mit dem zentralen Deutungsmuster ‚Anpassung vs. Widerstand‘ konstruiert er zwei antagonistische Pole, deren inhaltliche Offenheit es ermöglicht, vielfältige Differenzen gemeinsam zu artikulieren und anhand dieses binären Schemas zu fixieren.

In der Auseinandersetzung mit dem EWR schafft Blocher einen bipolar strukturierten Identifikationsraum. Ein ‚anpassungswilliges, machthungriges po-

84 Ebd.

85 Ebd.

86 Ebd.

87 Ebd.

litisches Establishment‘ steht für allerlei Missstände, die ‚widerständische, entschlossene und charakterfeste Zürcher SVP‘ hingegen für Wohlstand, Eigenverantwortung, Wachstum, Arbeitsplätze, Souveränität, Volksrechte und Selbstbestimmung. Die populäre Äquivalenzkette, aus der ‚Volk‘ und ‚Land‘ hervorgehen, verknüpft die traditionelle Parteidomäne (intakte Landwirtschaft), mit einer neoliberalen Deregulierungspolitik (‚niedrige Steuern, florierende Ökonomie und standorttreue Unternehmen durch maßgeschneiderte Wirtschaftspolitik‘), einer wohlfahrtstaatlichen Gemeinwohlorientierung (hohe Löhne und Arbeitsplätze) und den tradierten Leitbegriffen der demokratischen Willensnation (‚Souveränität, Unabhängigkeit, Volksrechte‘). Für die Kohäsion dieser Differenzen sorgt die antagonistische Grenze zu einem bedrohlichen Außen, dem EWR und seinen Befürwortern. Die hegemoniale Repräsentationsfunktion der Zürcher SVP hängt von der Präsenz des Anti-Subjekts ab. Denn nur wenn der EWR die Schweizer Demokratie und die wirtschaftliche Prosperität des Landes bedroht, kann die Zürcher SVP, die den Widerstand gegen diese Bedrohung anführt, die artikulierten Differenzen repräsentieren und vereinen. Dieses antagonistische Andere ist einerseits die notwendige Bedingung für die Okkupation der universalen Identifikationsbegriffe ‚Volk‘ und ‚Land‘; es dokumentiert andererseits den unreinen, politisch verfassten Charakter dieser Identitäten.

Im Folgenden werden die aus der Feinanalyse der Albigüetlirede von 1992 gewonnenen Ergebnisse durch weitere Diskursfragmente ergänzt. Exponiert werden soll insbesondere, wie Neoliberalismus und Nationalkonservatismus vor dem Hintergrund der Bedrohung durch die EG fusionieren und wie das so entstandene ideologische Amalgam die identitätsstiftenden leeren Signifikanten ‚Land‘, ‚Volk‘, ‚Schweiz‘ und ‚Demokratie‘ zu hegemonisieren beginnt.

4.4 DIE EG ALS SOZIALISTISCHES REZIDIV UND DIE LIBERAL-KONSERVATIVE USURPATION DES ‚SCHWEIZER SONDERFALLS‘

Betrachtet man den EWR-kritischen Diskurs in der Schweiz, lassen sich zunächst zwei Diskursstränge identifizieren, die zu Beginn kaum miteinander in Verbindung gesetzt werden. Zum einen argumentieren die Kritiker des EWR als Anwälte des ‚Sonderfalls Schweiz‘ und deuten die europäische Integration als Gefährdung der historischen Identität des Landes. Aus Sicht nationalliberaler Intellektueller würde die Integration in ein ‚supranationales, intellektuelles Groß-

gebilde EG‘ die Souveränität des neutralen, föderalistischen und direktdemokratischen Kleinstaates Schweiz unterlaufen.⁸⁸ Zum anderen finden sich EWR-kritische Stimmen, welche die *volkswirtschaftlichen* Gewinnerwartungen der Befürworter des Freihandelsvertrages infrage stellen und vor Masseneinwanderung, Nivellierung des schweizerischen Qualitätsstandards, Steuererhöhungen und Arbeitsplatzverlust warnen und im voranschreitenden Integrationsprozess der EG einen Abschied vom freien Wettbewerb erkennen.⁸⁹

Blochers enumerative Unterscheidung von wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen des EWR in der Albisgütlirede von 1992 ist insofern einschlägig für das Initialstadium der Kritik an EWR und EG. Zwar listet er sowohl wirtschaftliche Kosten als auch politische Nachteile des EWR auf, doch stehen diese Kosten und Nachteile assoziativ nebeneinander und sind noch nicht zu Momenten eines *homogenen Anti-Subjekts* der Schweiz geronnen.

Die Repräsentation der EG als diametrales Gegenteil der Schweiz konnte die Zürcher SVP jedoch im Verlauf der EWR-Kampagne und insbesondere in der retrospektiven Diskursivierung der Abstimmung schrittweise verwirklichen. Indem die Zürcher SVP Elemente wie Zentralisierung, Umverteilung, Bürokratie, Sozialismus, niedrige Löhne, Arbeitslosigkeit und Kriminalität mit der EG und ihren Befürwortern assoziierte, konnte sie diese Elemente als ‚unschweizerisch‘ verwerfen und im Innen ein historisch gewachsenes, monolithisches ‚Volk‘ und ‚Land‘ imaginieren, das sich mit dem eigenen politischen Programm identifiziert. Denn in dem Maße wie EWR und EG zum antagonistischen Anderen des Schweizerischen werden, wird die Zürcher SVP, die den Kampf gegen die europäische Integration anführt, zur Repräsentantin dieser Identität.

Um diese bipolar-antagonistische Strukturierung des politischen Raumes zu verwirklichen, musste nicht nur der ‚Sonderfall Schweiz‘ gegen den EWR und die EG profiliert werden; es galt auch, den proeuropäischen Argumenten liberaler Provenienz entgegenzutreten. Der EWR und die europäische Integration sollten weder als Freihandelsvertrag und Mittel gegen die Rezession der frühen 1990er Jahre noch als friedenspolitischer Meilenstein in der Geschichte Europas erscheinen, sondern als rezidives Äquivalent des jüngst gescheiterten Sozialismus.

Als Schlüssel für die Konstruktion dieser Äquivalenz erwies sich die sogenannte ‚Harmonisierung‘. Die Angleichung von nationalem Recht an geltendes und zukünftiges EG-Recht, die der EWR-Vertrag vorsah, um faire Handelsbe-

88 Vgl. exemplarisch etwa die Schweizerzeit-Artikel von Walthard 1992a; Roederer 1992; Bonny 1992; Chevallaz 1992.

89 Vgl. exemplarisch Schiltknecht 1992; Furrer 1992.

dingungen zu schaffen, wurde von Blocher & Co als Gleichschaltungspolitik einer bürokratisch-zentralistisch organisierten Kolonialmacht besprochen:

„Damit wir deutlich, was die oft beschworene EG-Harmonisierung bewirken wird. Eine umfassende Umverteilung wird Tatsache werden, die dem Tüchtigen wegnimmt, um dem weniger tüchtigen zu geben. Ein leistungsorientiertes, um wirtschaftliche Spitzenpositionen bemühtes Land wird durch die bürokratische EG-Harmonisierung in seinem Wachstum beschränkt, nach unten nivelliert. Damit lässt sich das Schicksal der Schweizer Wirtschaft ablesen: Die schweizerische Wirtschaft konnte ihre Spitzenposition auf dem Weltmarkt immer nur dank besonderer Leistungsfähigkeit und besonderem Leistungswillen der Schweizer behaupten. Kein anderes Land in der EG konnte einen ähnlich hohen Standard erreichen wie die Schweiz. [...] Ein solches Land kann auch in Zukunft nur bestehen, wenn die politischen Rahmenbedingungen die Erreichung weiterer qualitativer Spitzenleistungen ermöglichen. Wer Qualität nach unten nivelliert, der beraubt dieses Land, der beraubt die Schweiz ihrer wirtschaftlichen, ja ihrer existentiellen Grundlage.“⁹⁰

Blocher erkennt in der ‚Harmonisierung‘ nicht nur die ‚imperiale‘ Geste eines ‚supranationalen, zentralistischen, bürokratisch gesteuerten Riesengebildes‘ gegenüber dem ‚direktdemokratischen, föderalistisch aufgebauten Kleinstaat Schweiz‘. ‚Harmonisierung‘ wird als „Nivellierung nach unten“ und als ‚umfassende Umverteilungsmaßnahme‘ konkretisiert, zur „reglementierten Vereinheitlichung aller Lebensbereiche“, zur „Gleichmacherei“ und „Gleichschaltung“ gesteigert und somit mit den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts assoziiert.⁹¹ Die Harmonisierung, durch die sich die machtvolle EU-Bürokratie mit den „weniger Tüchtigen“⁹² verbündet, ist umso bedrohlicher und fremder, als der ‚beispiellose‘ sozioökonomische Aufstieg der Schweiz im 20. Jahrhundert auf eine liberale Wirtschaftsordnung zurückgeführt wird, die ihrerseits wiederum der direktdemokratischen Verfasstheit der Schweiz entwachsen sei:

„Die direkte Demokratie erscheint heute manchem als Hindernis für raschen Fortschritt. Diese direkte Demokratie hat aber für ein kleines, viersprachiges Land mit schlechten natürlichen Voraussetzungen einen Rahmen geschaffen, in dem sich wirtschaftliche Leistungen entfalten, in dem diese Leistungen auch beeindruckende Resultate erzielen konnte.

90 Blocher 1992b: 22 u. 1992a.

91 Vgl. Blocher 1992b: 23.

92 Ebd.

Gerade diese Fähigkeit geht grossen zentralistisch strukturierten Staaten ab. Kleine Staaten sind ökonomisch effizienter als Grossgebilde.“⁹³

Die positive Korrelation zwischen den Normen des politischen Systems, der wirtschaftsliberalen Ordnungspolitik und der außerordentlichen Leistungsbilanz des Wirtschaftsplatzes Schweiz unterstreicht auch der SVP-Nationalrat und Grossunternehmer Walter Frey, neben Blocher der zweite finanzkräftige Mäzen der Zürcher SVP:

„Kleinräumigkeit, Überblickbarkeit, direkte Demokratie, direkte Einflussnahme und *unmittelbare Überwachung des Staates durch das Volk* – durch ein Volk, das sich bezüglich Steuern der Regierung gegenüber als betont geizig erweist – sorgten dafür, dass sich der Staatsapparat nicht unmässig aufzublähen vermochte.“⁹⁴

Die EG habe dagegen nichts mit dem Europa der Vaterländer gemein, das Churchill, de Gaulle und Thatcher vertreten hätten, so Frey weiter.⁹⁵ Obgleich von Protagonisten des Konservatismus angestoßen und vorangetrieben, erscheint die heutige EG als Projekt einer etatistischen Linken, „eine Konstruktion von Intellektuellen“, „ohne Demokratie, ohne Föderalismus“, ein „zentralistisches Grossgebilde“, das genauso zum Scheitern verurteilt sei wie „das römische Reich, das karolingische Reich, das napoleonische Reich, das Dritte Reich [und] das sowjetische Reich“.⁹⁶ Diese Diskursfragmente veranschaulichen, wie die EWR-Frage mit der Schweizer Demokratie und der antisozialistischen Agenda der Zürcher SVP artikuliert wird. Der EWR erscheint als bürokratisch-gleichschalterische Entmachtung der ‚tüchtigen und leistungsorientierten Schweizer Volkswirtschaft‘ und des föderalistischen und direktdemokratischen Kleinstaates.⁹⁷

Diesen Antagonismus gegenüber dem Europäischen Zentralismus spitzt der Chefredakteur der *Schweizerzeit* und spätere SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer zu. In einem Kommentar diagnostiziert er: „Die Brüsseler Bürokratie, deren Brotkorb auf Gedeih und Verderb mit dem Zentralismusmodell verknüpft ist, verteidigt ihre zentrale Stellung mit Klauen und Zähnen und baut ihre dirigistische

93 Ebd.: 24.

94 Frey 1992: 27, Hervorhebungen M.H.

95 Ebd.: 37f.

96 Ebd.

97 Ähnlich argumentiert beispielsweise Christoph Blocher (1992c).

Kontrollfunktion beharrlich [...] aus.“⁹⁸ Die bürokratische Bedrohung des Wirtschaftsstandortes Schweiz, die einst mit den ‚roten und grünen Filzläusen‘ assoziiert worden war, geht nunmehr vom EWR und der EG aus.⁹⁹ Für EWR und europäische Integration zu politisieren, bedeutet daher, die Schweizer Wirtschaft und Politik den schikanösen Regulierungen einer fremden Bürokratie zu unterwerfen,¹⁰⁰ die mittelständischen Unternehmen in Gefahr zu bringen,¹⁰¹ den Wohlstand und die Lebensqualität aufs Spiel zu setzen, die Qualität der Bildungssystems nach unten zu nivellieren, die erprobte Schweizer Sozialpartnerschaft für staatliche Mindestlöhne zu opfern,¹⁰² den „Zustrom ausländischer Arbeitskräfte“¹⁰³ zu forcieren und damit hohe Löhne und sichere Arbeitsplätze zu gefährden. Widerstand gegen EWR und EG bedeutet dagegen Widerstand gegen Bürokratie, gegen Zentralismus, gegen Regulierungen im Arbeits-, Sozial- und Umweltrecht. Wer gegen die europäische Integration kämpft, kämpft für das Subsidiaritätsprinzip, den Wettbewerbsföderalismus und das direktdemokratische Selbstbestimmungsrecht des Kleinstaates, für eine liberale Wirtschafts- und Finanzpolitik, das Selbstverantwortungsprinzip, Arbeitsplätze, den Schweizer Qualitätsstandart in Produktion und Bildung und damit für eine ökonomisch prosperierende Schweiz.

Die antagonistische Äquivalenzkette aus der EG und der Schweizer Linken untermauerte die Zürcher SVP, indem sie die europäische Integration als Rezidiv des Sowjet-Kommunismus deutete: „Die Linke sieht, dass der real gelebte Sozialismus ausgespielt hat; nun propagiert sie ein von Bürokraten gegängelttes Europa“¹⁰⁴, räsionierte Walter Frey bereits vor dem Volksentscheid. Und Willy Futterknecht, ein Nationalökonom und Wirtschaftsberater, konstatierte:

„Dass keine zentralistische und dirigistische Bürokratie mit ihren Strömen supranationaler Reglementiererei Völker und Nationen zusammenhalten kann, hat in jüngster Zeit der von den Völkerschaften eben zertrümmerte Ostblock bewiesen. [...] Was in Moskau und Belgrad kläglich gescheitert ist, wird nun in ähnlicher Form und mit sozialistischer Vorherrschaft in Brüssel versucht.“¹⁰⁵

98 Schluer 1992b.

99 Vgl. Hartmann/Horvath 1995: 128.

100 Vgl. Blocher 1992b: 16 u. 1992c.

101 Vgl. Blocher, 1992b: 15.

102 Vgl. Schluer 1992a.

103 Vgl. Blocher 1992b: 14.

104 Frey, zit. in: Ryser 2008.

105 Futterknecht 1992: 20f.

Nach der Abstimmung wurde die gemeinsame Artikulation von Sowjetkommunismus, der EG und der nationalen Linken weiterverfolgt – so unter anderem auf der Herbsttagung der *Schweizerzeit* im Jahr 1993. Als Hauptredner hatte die nationalkonservative Wochenzeitung den bayerischen FDP-Politiker und EG-Insider Manfred Brunner eingeladen. Der ehemalige Kabinettschef Martin Bangemanns bei der EG-Kommission war zu einem vehementen Kritiker der neu entstandenen EU geworden und hatte vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Vertrag von Maastricht geklagt. Brunner postuliert, dass sich Europa zu einem „Spiegelbild des totalitären Ostblocks“¹⁰⁶ gewandelt habe, gegen den es einst errichtet wurde. Entstanden sei ein „supranationaler, zentralistisch-bürokratischer, undemokratischer Westblock“¹⁰⁷, eine Herrschaftskombinat aus großindustriellem Lobbyismus und Bürokratie, das abgeschirmt von demokratischen Kontrollmechanismen auf eine „Gleichschaltung in allen Lebensbereichen“¹⁰⁸ abziele. Gegen dieses Brüsseler Modell Europas stellt Brunner den „Wettbewerb der Modelle“¹⁰⁹, eine wettbewerbsorientierte europäische „Konföderation“¹¹⁰ souveräner, föderalistisch organisierter Nationalstaaten, die – ganz nach Schweizer Vorbild – „das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung und Vielfalt in den Mittelpunkt“¹¹¹ stellt.

Auf dem anschließenden Podium nahm Blocher die EU-Kritik Brunners auf. Er plädiert ebenfalls für einen „lockeren Staatendbund, der allen Ländern und Völkern *Autonomie* und *Eigenleben* belässt“¹¹². Zudem postuliert er ein positives Feedback zwischen der bürokratisch-zentralistischen Vertiefung der europäischen Integration und der Frustration der Beherrschten:

„Je stärker die Integration vertieft wird, je mehr Souveränität die europäischen Staaten nach Brüssel abtreten müssen, je zentralistischer die EU wird, je mehr Identität die Menschen in den EU-Mitgliedsländern preisgeben müssen, desto schwerer wiegen die Missstände in der EU, desto bewusster werden diese Missstände wahrgenommen.“¹¹³

106 Brunner 1993: 16.

107 Ebd.

108 Ebd.: 12.

109 Ebd.

110 Ebd.: 39.

111 Ebd.: 23.

112 Ebd.: 24.

113 Brunner/Blocher/Schluer 1993: 50.

Was in den Medien als transiente Krise der EU besprochen würde, seien „in Wahrheit [...] die *schweren Nachteile des bürokratischen Zentralismus*“¹¹⁴.

Im Unterschied zu Brunner, der das Identitätsmodell der ‚aufgeklärten Mutterrepublik‘ bediente, knüpft Blocher an das Identitätsmodell der „heilen Insel in einer heillosen Welt“¹¹⁵ an. Er akzentuiert die Unvereinbarkeit der Schweiz und der EU und begründet den Gegensatz zwischen dem wettbewerbsorientierten, subsidiären Schweizer Föderalismus und der europäischen Gleichschaltungspolitik¹¹⁶ durch einen historischen Topos, der die Schweiz zu einer substantiell anderen politischen Gemeinschaft stilisiert als die EU und ihre Mitgliedstaaten: „Eine EU-Mitgliedschaft wäre für die Schweiz, einen jahrhundertealten Staat, noch weit problematischer als sie für die teilweise jungen Staaten in Europa ist.“¹¹⁷ Die Schweiz sei nämlich „ein durch und durch und in Jahrhunderten gewachsenes Gebilde“¹¹⁸; die EU dagegen ein „Produkt intellektueller Einbildungskraft“, „eine von Intellektuellen ausgeheckte“, volkswirtschaftlich und währungspolitisch zum Scheitern verurteilte „Fehlkonstruktion“, die „verschiedene Länder mit je verschiedener Geschichte, verschiedenen Kulturen und verschiedenen Identitäten in eine einheitliche Form zwingen will – eine Form, die aus unserer Sicht extrem undemokratisch ist“.¹¹⁹ Wenngleich es sich bei der zentralistischen EU um einen universellen ‚Konstruktionsfehler‘ handelt, dessen negative Konsequenzen alle Mitgliedstaaten gleichermaßen treffen werden, sei dieses Konstrukt für die Schweiz nicht nur verfassungsmäßig, sondern auch mentalitätsgeschichtlich fremder als für andere Länder:

„Gerade wir Schweizer begegneten grossen politischen Gebilden in Europa immer mit Bedenken, ja mit Angst. Nie hat diese Angst uns allerdings verleitet, uns in diese Grossgebilde zu integrieren. Immer wieder kommen wir auf die alte Feststellung zurück: Die Schweiz hat solange Bestand gehabt als sicheres Gebilde mit guter Rechtstradition, mit von vielen bewunderte Prosperität, als sie den Mut gehabt hat, anders zu sein als andere

114 Ebd.

115 Langejürgen 1993: 17.

116 „Vollständige Vereinheitlichung, Totalharmonisierung und Subsidiarität – das sind zwei Konzepte, die sich gegenseitig ausschließen. Die EU-Bürokratie will ja gerade den Wettbewerb unter den EU-Ländern aufheben. [...] Solche Gleichschaltungspolitik ist für jeden Schweizer schlechthin unerträglich. Denn die Schweiz ist entweder föderalistisch – oder es gibt sie nicht.“ (Brunner/Blocher/Schlüter 1993: 51)

117 Ebd.: 42.

118 Ebd.

119 Ebd.: 42f.

Länder, bessere Lösungen zu suchen und zu verwirklichen, als andere Länder sie gesucht und verwirklicht haben.“¹²⁰

Über die Kritik an der europäischen Harmonisierung führte der Zürcher Flügel eine Reihe von binären Unterscheidungen ein, welche die EG und die Schweiz miteinander kontrastieren: ‚zentralistisch‘ vs. ‚föderalistisch‘, ‚umverteilend‘ vs. ‚selbstverantwortlich‘, ‚bürokratisch‘ vs. ‚direktdemokratisch‘, ‚groß‘ vs. ‚kleinräumig‘, ‚expansiv‘ vs. ‚friedlich‘, ‚gleichmacherisch‘ vs. ‚pluralistisch‘, ‚künstlich-leblos‘ vs. ‚organisch-vital‘, ‚krank‘ vs. ‚gesund‘, ‚intellektuell‘ vs. ‚bodenständig‘. Betrachtet man die Attribute der Schweiz, dann handelt es sich einerseits um Gemeinplätze des Schweizer Patriotismus (föderalistisch, direktdemokratisch, kleinräumig, friedlich, pluralistisch), andererseits um die liberal-konservativen Leitbegriffe der Zürcher SVP (selbstverantwortlich, gewachsen, gesund, bodenständig). Die Äquivalenz dieser Elemente ist eine rein negative. Sie ist bedingt durch die antagonistische Bedrohung durch die EU und die europhilen Eliten. Vor dem Hintergrund dieser Bedrohung durch ein zentralistisches, umverteilendes, bürokratisches und künstlich-lebloses Riesengebilde erscheint die Schweiz nicht nur als föderalistischer, direktdemokratischer Kleinstaat, sondern auch als eigenverantwortliche, vitale Gemeinschaft. Diese äquivalenzlogische Verflechtung unterschiedlicher Diskursstränge und ihrer Elemente konstituiert eine Organizität aus interdependenten Momenten. Föderalismus und direkte Demokratie werden zu Bedingungen des Selbstverantwortungsprinzips. Beide wurzeln in einer kontinuierlich gewachsenen, lebendigen Volksgemeinschaft, deren Fortbestehen die Zürcher SVP garantiert.

Um die Zürcher SVP war eine gegenhegemoniale Alternative zum europäischen Kosmopolitismus entstanden: ein selbstbewusster, wirtschaftsliberaler, föderalistischer und demokratischer Nationalismus, der die Unvereinbarkeit historisch gewachsener, organischer Volkskulturen postuliert und sie in einem freien ökonomischen Wettbewerb aufeinandertreffen lassen möchte. Im Rahmen dieses Diskurses erfüllt die EU die Funktion, die einst der realexistierende Sozialismus für die Konstruktion der bürgerlichen Schweiz besaß. Als ‚zentralistisches, expansives, egalitäres und bürokratisches Kunstgebilde‘ konstituiert sie das inkompatible Andere einer ‚naturwüchsig-organischen, direktdemokratischen, föderalistischen und bürgerlich-freiheitlichen Schweizer Lebensform‘.

120 Ebd.: 61 u. 80.

4.5 MISSIONARISCHE POLITIK UND POPULARER BRUCH

Der Widerstand gegen die europäische Integration steht einerseits in der Tradition der antisozialistischen Rhetorik, mit der Blocher & Co die Zürcher SVP auf einen liberal-konservativen Kurs brachten, weist andererseits jedoch über den Antikommunismus hinaus. Während der antikommunistische Konsens das bürgerliche Lager aus CVP, SVP und FDP einte, sprengte die Frage der europäischen Integration dieses Kollektiv. Da die CVP, die Freisinnigen und nicht zuletzt die Berner Parteiführung der SVP für den EWR politisierten und bis zum deutlichen Scheitern der Volksabstimmung „Ja zu Europa“ im Jahr 2001 mehrheitlich am strategischen Ziel der EU-Mitgliedschaft festhielten, ließ sich plausibilisieren, dass sich auch die bürgerlichen Parteien auf die Seite der minoritären Linken geschlagen hatten, die sich quasi ‚naturgemäß‘ für die ‚supranationale bürokratisch-zentralistische EG‘ begeisterte. Die Gefahr ging nunmehr nicht mehr von Sozialdemokraten und Grünen alleine aus, auch die bürgerlichen Parteien wollten die Schweiz unterwandern und ausliefern.

Die Europapolitik erwies sich insofern als prädestiniert dafür, die Kritik an einer staatszentrierten und egalitären Linken auf die gesamte politische Klasse zu übertragen und einen popularen Antagonismus zu konstruieren, der die etablierten Konfliktlinien des politischen Raumes absorbierte und überprägte. Der Antagonismus zwischen politischer Klasse und Schweizervolk, den die Zürcher SVP im Rahmen der Asyl-, Drogen- und Sicherheitspolitik bereits in den 1980er Jahren eingeführt hatte, fand in der Europapolitik neue Nahrung. Im Unterschied zur Asyl-, Drogen- und Sicherheitspolitik, welche die Zürcher SVP zwar als drängende, aber nicht als identitätsstiftende oder zukunftsentscheidende Politikfelder diskursivieren konnte, avancierte der EWR im Verlauf des Abstimmungskampfes zur richtungsweisenden, nicht korrigierbaren Schicksalsfrage der Nation. Am 6. Dezember ging es nicht nur um wichtige Aspekte wie Sicherheit und Wohlstand, sondern auch darum, die Identität des direktdemokratischen, föderalistischen, bürgerlich-freiheitlichen und ökonomisch prosperierenden Kleinstaa-tes gegen eine politische Klasse zu verteidigen, hinter deren Kosmopolitismus sich Eigennutz, Ruhmsucht und Großmachtstreben verbergen.

Eineinhalb Monate nach der Volksabstimmung stilisierte Blocher die EWR-Abstimmung, den ‚Schwarzen Sonntag‘ des freisinnigen Bundesrates Jean-Pascal Delamuraz, zum „großartigen [...] historischen Ereignis“¹²¹.

121 Blocher 1993: 5.

„Diese Volksabstimmung hat nahezu achtzig Prozent der Stimmberechtigten zu mobilisieren vermocht. Sie hat Tausende von Bürgerinnen und Bürgern dazu bewegen können, über Monate hinweg Abend für Abend in überfüllten Sälen über die Gegenwart und die Zukunft des eigenen Volkes nachzudenken und engagiert zu diskutieren. Ein Volk, das über die Vitalität und die Lebenskraft für eine derart tiefgreifende Auseinandersetzung um seine Zukunft verfügt – das ist ein gesundes Volk. Diese Feststellung müsste doch zuallererst sowohl Gegner als auch Befürworter des EWR zutiefst befriedigen.“¹²²

Die Bedeutung der Abstimmung wird zunächst weder mit den vermeintlichen ökonomischen Konsequenzen noch mit Blochers persönlichen politischen Zielen und Motiven in Verbindung gesetzt. Es geht um die allgemeine Bedeutung des 6. Dezembers 1992. Das Ereignis steht für die tiefgreifende politische Auseinandersetzung über die Zukunft der Schweiz, die im Rahmen der EWR-Debatte stattgefunden hätte; Der 6. Dezember bezeugt die ‚Vitalität und Lebenskraft‘ eines ‚gesunden Volkes‘.

Bezieht sich dieser Volksbegriff noch auf das gesamte Stimmvolk, lässt Blocher im Folgenden ein anderes ‚Volk‘ auftauchen. Das ‚Volk‘ umfasst nunmehr ausschließlich diejenigen, die am 6. Dezember mit Nein gestimmt haben; diejenigen, die „ein Bekenntnis für die Unabhängigkeit unseres Kleinstaates geleistet“ hätten, die sich „gegen die Brüsseler Bürokratie, gegen undemokratische, gleichschalterische Tendenzen“ entschieden hätten und deren „Glaube an überblickbare, demokratische, freiheitliche Verhältnisse [...] gesiegt“ habe.¹²³ Im Anschluss projiziert Blocher den Antagonismus zwischen diesem Volk und der politischen Klasse in die Zukunft:

„Der Entscheid ist gefallen. Trotzdem müssen sich heute sehr viele Schweizerinnen und Schweizer mit wachsender Besorgnis fragen: Ist der Entscheid auch wirklich gefallen? [...] Wird der Entscheid des Souveräns vom 6. Dezember 1992 wirklich als unumstößlich und *verbindlich* anerkannt? Dass diese Frage überhaupt gestellt werden muss, ist an sich bereits bedenklich. Denn es stellt sich damit die Frage nach der *Gültigkeit unserer demokratischen Ordnung*. Mit Besorgnis stellen wir fest, was sich das Schweizervolk an Kommentaren in den vergangenen Wochen gefallen lassen musste. [...] Öffentlich Zensuren wurden dem Schweizervolk ausgeteilt. Ein Bundesrat sprach vom ‚schwarzen Sonntag‘. Ganz offen wurden durchsichtige Tricks vorgeschlagen, mit welchen sich der Entscheid vom 6. Dezember 1992 umgehen liesse. [...] Es ist offenkundig: Die Achtung vor den

122 Ebd.

123 Ebd.: 7.

demokratischen Spielregeln ist in der Politik, in der Gesellschaft, in den Medien, aber auch in der Wirtschaft teilweise bedenklich geschwunden.“¹²⁴

Dieser Verdacht unterstreicht die Äquivalenz zwischen der nationalen politischen Klasse und der EG: Nicht nur dass die politischen Eliten, die Schweiz einem undemokratischen Gebilde einverleiben wollten. Die Tatsache, dass die etablierten politischen Kräfte selbst nach dem Nein zum EWR an der europäischen Integration festhielten, lässt auf ihre Missachtung der Demokratie schließen:

„In manchem EG-Land hat der Abbau geradezu System. Manche Regierung, manche Staatsverwaltung von EG-Ländern scheinen den Respekt vor der Demokratie überhaupt zu verlieren. In der Schweiz – nicht nur eine der ältesten, sondern auch die direkteste Demokratie der Welt – sind Anfänge von Demokratie-Missachtung ebenfalls bereits festzustellen.“¹²⁵

Die partikulare Streitfrage des EWR wird an die Frage nach dem Allgemeinzustand der Schweizer Demokratie angeschlossen. Die drohende Missachtung des demokratischen Souveräns in der Europapolitik steht exemplarisch für die Demokratie- und Volksverachtung der politischen Klasse. Wenn Bundesrat und Parlament, die Presse und selbst freisinnige Professoren die „Aushöhlung der Demokratie und die Missachtung von Volksrechten und Volkswillen“ propagieren, es bereits heute „Überzeugungen [gibt], die sich, obwohl in unserem Volk tief verankert, nur noch in Leserbriefen oder Inseraten äussern können“, ¹²⁶ dann werden „wir in den kommenden Jahren [mehr denn je] *unsere Demokratie zu verteidigen haben*“¹²⁷.

Dass die Partei für den Kampf gegen dieses antidemokratische Bevormundungskartell aus Politikern und Doxosophen gerüstet ist, hat Blocher bereits zu Beginn der Rede klargestellt. Die Partei ergebe sich nämlich nicht in „kleinkariertem Parteiengezänk“, sondern habe sich selbst den „Auftrag“ gestellt,

„mit Überzeugungskraft und Durchsetzungswillen und orientiert an der Wirklichkeit sich nachdrücklich für unser Volk, für unser Land, für eine freie und prosperierende Schweiz einzusetzen. Diesem Auftrag hat sich alles unterzuordnen. Getreu diesem Auftrag hat die

124 Ebd.: 7ff.

125 Ebd.: 9f.

126 Ebd.: 10f.

127 Ebd.: 9.

Zürcher SVP im vergangenen Jahr dringende politische Probleme angepackt. [...] Die Zürcher SVP hat in diesem Sinne eigentliche politische Pionierarbeit geleistet in der Asylfrage, zur Verhinderung des Berufsparlaments, in der Drogenpolitik, zur Sicherung der Arbeitsplätze und vor allem – und dies in eindrucklicher, unermüdlicher Anstrengung – im Kampf gegen den EWR. Unser Einsatz erfolgte im Dienst der Schweizerinnen und Schweizer. Es war ein Kampf für die Freiheit, gegen den Verlust der Selbstständigkeit für die Wahrung der Volksrechte und für die Wohlfahrt von Land und Volk. [...] Es war die Liebe zu unserem Land und zu unserem Volk, die uns die Kraft für diese ausserordentliche Anstrengung verliehen hat, die uns auch alle in dieser schwierigen Auseinandersetzung erlebten Unannehmlichkeiten ertragen liess..¹²⁸

Werben andere Parteien mit ihrer Problemlösungskompetenz, beschreibt Blocher seine Partei als pflichtethisch vereinte und politisch überzeugte Kraft. Der konkordanzdemokratische Prototyp des ausbalancierenden Gesellschaftsingenieurs macht dem charakterfesten Überzeugungstäter Platz, der sich über den Kampf gegen die EU und das proeuropäische Kartell aus Politikern, Wissenschaftlerinnen, Wirtschaftsfunktionären und Medienvertreterinnen zum Repräsentanten des nationalen Imaginären und Märtyrer der politischen Schweiz stilisiert.

Besonders interessant ist hierbei, wie diese Repräsentationsleistung partikulare und universelle Semantiken miteinander vernäht. Die partikulare Kritik der politischen Eliten in Fragen der Asylpolitik, der Wirtschaftspolitik und der Auswärtigen Politik dient nicht nur als Beleg für die allgemeine Existenz einer ‚abgehobenen, überheblichen und volksverachtenden Kaste von Berufspolitikern‘. Durch die stetige Reproduktion der Äquivalenzkette ‚Asyl – Kriminalität – Drogen – EU – Etatismus‘ wird die populistische Universalkritik an den herrschenden Verhältnissen, den Politikern, den Doxosophen und ihrem tabuisierenden Diskurs, gleichzeitig begrenzt. Auf der Seite des unterdrückten ‚Schweizervolkes‘ ist nur, wer diesen umfassenden Bedrohungszusammenhang auch erkennt.

Auch die Abgrenzung gegenüber extremistischen Strömungen im In- und Ausland wird an die Vertiefung der europäischen Integration und der ‚gleichschalterischen, bürokratischen Eliten‘ rückgekoppelt:

„Nationalismus und Rechtsextremismus werden in Europa dann zur Gefahr, wenn Länder, Kulturen und geschichtlich gewachsene Gemeinschaften von Bürokraten rücksichtslos übergangen und gleichgeschaltet werden. [...] Extremismus gedeiht dort, wo die klare po-

128 Ebd.: 4f.

litische Linie fehlt, wo persönliche Einbildung und Arroganz die politische Führung dazu verleiten, über das Volk hinwegzuregieren.“¹²⁹

„Ein Gebilde, das nationale Identitäten unterdrückt, das europäische Völker ihrer Solidarität beraubt, beschwört grosse Gefahren für Europa, weil es nationalistischen Strömungen Auftrieb geben könnte. Übersteigter Nationalismus entsteht [...] vor allem dort, wo nationale Gefühle unterdrückt, wo man seine Liebe zur Heimat nicht mehr offen aussprechen darf. Dort entstehen gefährliche, oft kaum mehr kontrollierbare Gegenbewegungen, aus welchen die Neigung zu Bürgerkriegen gefährlich wachsen dürfte.“¹³⁰

Nationalismus und Extremismus erscheinen als übersteigerte Abwehrreaktionen auf eine bürokratisch-zentralistische EU, einem Klientelsystem von Politikern, die sich ihrer Verantwortung gegenüber den europäischen Völkern entzögen. Mit der Vertiefung der Integration im Rahmen der EU habe sich Europa in sein Gegenteil verkehrt. Das antinationalistische Friedensprojekt de Gaulles und Adenauers sei zur Triebfeder eines ‚übersteigerten Nationalismus‘ geworden, so Blocher weiter.¹³¹

Vor dem Hintergrund dieser Sinnverkehrungsthese erscheint die Zürcher SVP erneut als Gegenmodell: Sie kämpft für die Rechte des Volkes, sie vertraut „auf die innovative, initiative Kraft unseres Volkes“¹³², übernimmt Verantwortung für ihre Entscheidungen, ‚popularisiert Politik‘ und kultiviert auf diese Weise ein gesundes nationales Selbstvertrauen, das Extremisten den Nährboden entzieht. Dieser Argumentationsgang fixiert den Rechtsextremismus nicht als das konstitutive Andere der politischen Schweiz, sondern lediglich als *Folge*, als eine untergeordnete Differenz des imperialen Zentralismus der EU und ihrer Agenten. Der entscheidende Effekt dieser Argumentation besteht darin, dass sie den SVP-Populismus des Extremismusverdachts entledigt und gleichzeitig seine Integrationsfähigkeit gegenüber den unerfüllten Forderungen steigert, die zuvor mit der extremen Rechten assoziiert waren, indem sie sie als Momente eines legitimen nationalen Selbstbewusstseins nobilitiert, das der Gefahr eines extremistischen Nationalismus präventiv entgegenwirkt.

Dieses Selbstbewusstsein strukturiert auch das neoliberale Plädoyer für eine deregulierte, wirtschaftliche Konkurrenz zwischen Individuen, Gemeinden, Kan-

129 Ebd.: 17f.

130 Brunner/Blocher/Schlüer 1993: 61.

131 Ebd.: 56f.

132 Blocher 1993: 12 u. 17f.

tonen und Staaten. Denn auch das Bekenntnis zu einer neoliberalen Ordnungspolitik ist durch Stärke, Selbstvertrauen und Leistungsbereitschaft motiviert:

„Wird der Weg auch nicht einfach sein, so ist [...] auf die Vitalität zu vertrauen, mit der sich das Volk für diese Alternative entschieden hat. [...] Wir müssen endlich erkennen: Die Zukunft unseres Landes und das Wohl unseres Volkes hängen weitgehend von unseren eigenen Anstrengungen, von unseren eigenen Leistungen ab.“¹³³

Folglich dürfe man nicht zulassen, wenn „Nicht-Könnern in der Wirtschaft“¹³⁴ sich mit dem Nein zum EWR herausredeten. Sowohl die politische Krise als auch die wirtschaftliche Rezession der frühen 1990er Jahre ist personell und nicht strukturell bedingt, wie die Wirtschaftseliten glauben machen wollten. Blochers Diskurs ist durchweg personen- und handlungszentriert. Denn nicht nur für die Krise werden handelnde Personen in die Verantwortung genommen. Es sind auch konkrete Akteure, denen die Fähigkeiten zugesprochen werden, den diagnostizierten Mangel zu kompensieren. Da sind ein ‚vitaler Volk‘, die „eigentlichen, persönlich für ihren Betrieb verantwortlichen Unternehmer“¹³⁵, die von ‚den Managern der Grosskonzerne‘ differenziert werden müssen, und natürlich die auftragsgebundene Zürcher SVP und ihr standfester Führer.

Mit dem erfolgreichen Kampf gegen den EWR ist die Zürcher SVP zur politischen Protagonistin eines konservativen Nationalbewusstseins geworden, das zuvor insbesondere von der CVP hegemonisiert worden war.¹³⁶ Entgegen des tradierten Selbstverständnisses der politischen Schweiz als multikulturelle, konkordanzdemokratisch integrierte Nation führte die Abstimmungskampagne im Vorfeld des Volksentscheids zu einer binären Spaltung des politischen Raumes, welche die Zürcher SVP in den folgenden Jahren erfolgreich perpetuierte. Während die EWR-Befürworter eine sich entwickelnde, konkordanzdemokratisch prozeduralisierende Schweizer Identität propagierten, die sich der veränderten geostrategischen Lage in Europa anpassen könne und müsse, konstruierten die Gegner des EWR zwei antagonistische, historisch verankerte Entitäten, deren imaginäre Organizität auf dem Antagonismus gründet, der sie voneinander trennt. Dabei transformiert der SVP-Populismus die partikuläre politische Differenz ‚pro-oder-contra-EWR‘ in eine antagonistische Grenze, die zwei unvereinbare Lebensformen voneinander trennt.

133 Ebd.: 16.

134 Blocher zit. in Hartmann/Horvath 1995: 117.

135 Brunner/Blocher/Schlüter 1993: 84.

136 Vgl. Lang 2000: 97.

Der Strategie, die Debatte über den EWR vom konkreten „Inhalt der Vorlage“ auf die universellere „Bedeutung der Abstimmung“ zu verlagern, die zu Beginn des EWR-Kapitels als Schlüssel für den Erfolg von Blocher & Co präsentiert wurde,¹³⁷ liegt demnach eine antagonistische Konstruktionslogik zugrunde, welche die Bedeutung der Europäischen Integration als bedrohliche Antinomie einer blockierten schweizerischen Selbstidentität fixiert. Der SVP-Diskurs gruppiert die Eigenschaften der politischen Systeme, die physisch-moralischen Konditionen und die ideologischen Leitdifferenzen innerhalb zweier antagonistischer Matrizen. Anhand der EWR-Frage eröffnet er einen diskursiven Verweisraum, der in der Lage ist, vielfältige Differenzen zu einer Wir-Gruppe zusammenzuschließen. Die Kohäsion dieses ‚Wir‘ ist dabei abhängig von der Präsenz der Sie-Gruppe. Ihre Einheit gründet darauf, dass gewisse Differenzen (Sozialismus, Intellektualität, Krankheit, Schwäche, Bürokratie etc.) als ‚bedrohlich‘, ‚europäisch‘ und ‚unschweizerisch‘ ausgeschlossen werden. Auf diese Weise konstituiert der Mythos des Sonderfalls, den die Zürcher SVP in der Auseinandersetzung mit einer uniformierenden EG aktualisiert, eine subjektiv begehrten populäre Identität eines ökonomisch starken, unabhängigen, eigenverantwortlichen, bodenständigen und sich selbst regierenden Schweizervolkes, dessen volle Realisierung durch eine antagonistische Sie-Gruppe blockiert ist.

Quantitative Wahlanalysen wie jene von Kriesi u.a.¹³⁸ sind selbstverständlich in der Lage, die Korrelationen zwischen der Ablehnung des EWR und den politischen Einstellungen gegenüber den nummerierten Differenzen zu belegen. Ihnen entgeht jedoch, dass diese Korrelationen ihrerseits politisch konstruiert sind und dass die gemeinsam artikulierten Differenzen im Zuge dieser Artikulation ihre begrenzte Bedeutung transzendieren. Denn durch die äquivalenzlogisch erwirkte Überdeterminierung verwandeln sich die Differenzen in Symptome einer tieferliegenden, allgemeinen *Malaise*. Partikuläre Entscheidungen, die bestimmte Erwartungen nicht erfüllen oder widersprechen, werden so zu Eponymen eines universellen Konfliktes zwischen einer ‚dekadenten, unschweizerischen, sozialistisch-totalitären und machthungrigen politischen Klasse‘ und einer ‚auftragsgebundenen, gesunden und starken Zürcher SVP‘. Durch die Konstruktion dieses Konfliktszenarios avanciert Blochers Partei zum Repräsentanten des populären Allgemeinen, der blockierten Identität des Schweizervolkes.

137 Vgl. Kriesi u.a. 1993: 4.

138 Ebd.

4.6 ZUSAMMENFASSUNG: DIE ‚ORIENTIERUNGSLOSE POLITISCHE KLASSE‘ UND DIE ÜBERDETERMINIERUNG DER POPULAREN ÄQUIVALENZ

Die skizzierte Hegemonisierung der abwesenden Fülle, die sich im Zuge der Debatte um die europäische Integration vollzieht, verdichtet sich im Slogan der ‚orientierungslosen politischen Elite‘. Bemerkenswert ist dieser Slogan in zweierlei Hinsicht.

Erstens schließt er an die konservative Modernekritik an, wie sie etwa der Schweizer Rechtsintellektuelle Eduard Stäuble in seiner historisch-genetischen Krisendiagnose der schweizerischen Gesellschaft aktualisiert.¹³⁹ Demnach habe die Entfremdung von identitätsstiftenden Werten und Traditionen die Allgemeinverbindlichkeit der autoritativen Institutionen (Kirche, Staat, Ehe, Familie, Beruf) untergraben und eine „allgemeine Orientierungskrise“, eine „totale Verunsicherung“ ausgelöst.¹⁴⁰ Als Wurzel allen Übels fungiert der nihilistische Zeitgeist. Die verschiedenartigen Pathologien der modernen Gesellschaft werden hingegen lediglich als Symptome respektive Kompensationsversuche gelesen: Ein „grenzenlos entarteter Individualismus“, „egoistische Selbstverwirklichung“ und ein „krankhafter [...] Narzissmus“ veranlasse die Menschen, die „nihilistische Leere“ mit „Geld und Macht“ zu tarnen, durch maßlosen Konsum und eine ebenso maßlose Freizeitgestaltung zu kompensieren, um sich schließlich in Drogen und den neumodischen Hochrisikosportarten zu verlieren, so Stäubles Argument.¹⁴¹

Diese äquivalenzlogische Artikulation von Dekadenz, Egoismus, Hedonismus, Maßlosigkeit, Langeweile und Sucht, die in der konservativen Kritik der Moderne als Spätfolgen eines anonymen Zeitgeists gefasst werden, variiert der SVP-Populismus im Slogan der orientierungslosen politischen Klasse. Die Depavation liegt nicht in erster Linie in den von Stäuble anvisierten Modernisierungs- und Laizisierungsprozessen begründet, das *absolute Übel* rührt von einer politischen Klasse her, die nicht nur selbst von der modernen Orientierungskrise betroffen ist, sondern diese Unwerte propagiert und politisch subventioniert, die Tugenden des Schweizervolkes dagegen verlacht, seine Substanz zu zersetzen versucht, um es schließlich im Rahmen der europäischen Integration vollends zu

139 Stäuble 1999.

140 Ebd.: 13 ff.

141 Ebd.: 14ff.

entwurzeln und zu entmachten. Strukturbildend wirkt auch hier die Trias ‚Dekadenz, Apokalypse, Heroismus‘. Denn auf die Dekadenz (Nihilismus, Orientierungskrise, Maßlosigkeit, Narzissmus, etc.) folgt angesichts der drohenden Apokalypse (EU-Beitritt und Verlust der lokalen Selbstbestimmung) die heroische Geste. Erweckt durch den auftragsgebundenen Widerstand Blochers besinnt sich eine im Grunde parochiale, allenfalls subsidiär organisierte Bürgerschaft ihrer gemeinsamen nationalen Identität, ihrer Vitalität und ihres Mutes. Der Widerstand gegen den EWR dient also nicht nur der Abwehr einer internationalen Organisation mit weitreichenden politischen Steuerungskompetenzen und dem Erhalt der Souveränität des Schweizervolkes. Die Kritik einer orientierungslosen politischen Klasse stilisiert Blocher und seine Partei zugleich zu jenen politischen Autoritäten, die allein aufgrund der Tatsache, dass sie eine bestimmte Richtung vorgeben, den Glauben erwecken, sie allein seien in der Lage, einen allgemeinen Mangel zu kompensieren.

Zweitens erlaubt der Vorwurf der Orientierungslosigkeit aufgrund seiner inhaltlichen Vagheit das bürgerliche Lager zu spalten. Das antagonistische Andere der Zürcher SVP beschränkt sich nicht mehr auf die Sozialdemokratie, die mit dem realexistierenden Sozialismus sympathisiere, und die Neue Linke, deren Wachstumskritik zu Faulheit und Sinnverlust führe. Es umfasst nun auch die bürgerliche, staatstragende Allianz. Auf der einen Seite konstituiert diese Verschiebung der Wir-Sie-Grenze das Anti-Subjekt des Volkes: eine politische Klasse, deren interne Differenzen nur Facetten ein und derselben ‚unschweizerischen‘ Alterität sind.¹⁴² Auf der anderen Seite begründet dieser Antagonismus eine populäre Identifikationsschablone, die ebenfalls vielfältige Differenzen absorbiert. Dieses inklusive ‚Wir‘ umfasst neoliberale Forderungen nach Deregulierung, Flexibilisierung und Steuersenkungen, protektionistische Interessen wie die Subvention der Landwirtschaft und die steuerlichen Privilegien des heimischen Kleingewerbes, migrations-, sicherheits- und außenpolitische Aspekte wie die Begrenzung der Zuwanderung, die Wahrung der Neutralität, der direkten Demokratie und der Unabhängigkeit, die Erhöhung der Ausgaben im Sicherheitssektor und härtere Strafmaßnahmen für Delinquenten. Gegen die Orientierungslosigkeit der politischen Klasse formieren sich ferner wertkonservative Forderungen wie eine „geistig-moralischen Erneuerung“, eine Erziehungspolitik, die nicht auf ökonomisches Wachstum und Effizienz zielt, sondern das „Wesen des Menschen“ ins Zentrum stellt, eine Wirtschaftspolitik, die akzeptiert, „dass in einer endlichen Welt unendliches Wachstum schlechterdings nicht möglich ist“, eine Beschäftigungspolitik, die Arbeit nicht lediglich auf einen „Kostenfak-

142 Vgl. exemplarisch Wartburg 1994.

tor“ reduziert, sondern als „integrierenden Bestandteil der menschlichen Existenz“ begreift.¹⁴³ Nicht zuletzt artikulierte die nationalkonservative Oppositionspolitik, die der Zürcher Flügel mit seinen Angriffen auf den moralistischen Duktus der ‚Heimatmüden‘,¹⁴⁴ und der ‚Linken und Netten‘,¹⁴⁵ sowie auf den Imperialismus der EU fortführte, auch Elemente, die ehemals mit der extremen Rechten assoziiert waren. So tauchten am Rande von Blochers öffentlichen Auftritten immer häufiger Rechtsextremisten auf, die den Präsidenten der Zürcher SVP zu ihrer Führerfigur stilisierten.¹⁴⁶ Und auch personell manifestierte sich der Rechtsruck der Partei. Mit Pascal Junod, einem antisemitischen Protagonisten der Neuen Rechten, und Roger Etter, der sich öffentlich mit der Waffen-SS sympathisierte, waren im Verlauf der 1990er Figuren zur SVP gestoßen, die das kulturelle Kapital der langjährigen Regierungspartei gefährdeten und Blochers Idee, mit einem ‚maßvollen, gesunden Patriotismus‘ dem ‚gefährlichen Extremismus‘ den Nährboden zu entziehen, *ad absurdum* führten.¹⁴⁷

Der leere Signifikant der ‚orientierungslosen politischen Klasse‘ impliziert keineswegs zwangsläufig eine liberal-konservative Reformagenda, auch wenn Blocher diese Bedeutung mit seiner Kritik an einer bürokratisch-zentralistischen und insofern sozialistisch-totalitären EU zu fixieren versuchte. Der Slogan zeigte sich vielmehr anschlussfähig für ein heterogenes Spektrum von politischen

143 Ebd.

144 Dieser Slogan prägte den SVP-Wahlkampf zu den Nationalratswahlen 1995.

145 Mit diesem Slogan politisierte die Zürcher SVP erstmals im Herbst 1993, nachdem eine 20-jährige Pfadführerin im Kanton Zürich erstochen wurde (vgl. Hartmann/Horvath 1995: 136). Neben den Umrissen eines Messerstechers stand zu lesen „Das haben wir den Linken und Netten zu verdanken: mehr Kriminalität, mehr Drogen, mehr Angst“. Der tradierte Antagonismus gegenüber den Sozialdemokraten wurde mit dieser Formel ausgebaut; von nun an grenzte sich die Partei nicht nur gegen die ‚Linken‘, sondern auch gegen die ‚Netten‘ der bürgerliche Mitteparteien ab.

146 Für die in Deutschland erscheinende rechtsextremistische Zeitschrift „Sprung auf ... Marsch, marsch“ war Blocher der „mit Abstand nationalste und mutigste Redner“, zit. nach: [o.A.] FACTS, 21.10.1999.

147 So warnte etwa Hanspeter Kriesi (1999b) in einem Interview mit dem Bieler Tagblatt vor dem sukzessiven Rechtsruck der Partei: „Rechtsradikale Elemente schleichen sich in die Partei ein, die dadurch instrumentalisiert und radikalisiert zu werden droht.“ Der Rechtsextremismus-Experte Jürg Frischknecht (1991: 257) warnte bereits 1991 vor einer „unheiligen Symbiose“ zwischen Rechtsradikalen und den reaktionären Strömungen in der SVP. Gegen Junod und Etter leitete die SVP auf öffentlichen Druck hin Parteiausschlussverfahren ein.

Standpunkten, das von einer staatsinterventionistischen Beschäftigungspolitik, über eine konservativ-ökologische Wachstumskritik, einen antietatistischen Neoliberalismus bis hin zu rechtsextremistischen Positionen reichte. Die SVP verwandelte sich in der Folge zum ideologischen Auffangbecken für marginalisierte Forderungen und Ideologien unterschiedlicher Couleur.

